3. Jahrgang / Nr. 102

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto Nr. 23 865 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.", Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Donnerstag, den 12. Mai 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk. auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 2,— Mk.

Rußland und Deutschland

Der Friedensvertrag von Versailles enthält in dem Abschnitt, welcher die Beziehungen Deutschlands zu Rußland regelt, Bestimmungen, die trotz ihrer großen Gefahr, welche sie gegebenenfalls für die deutsche Arbeiterklasse bedeuten, bisher sonderbarerweise völlig unbeachtet blieben.

Unter der Ueberschrift: „Rußland und die russischen Randstaaten" heißt es im Artikel 116 Absatz 3:

„Die alliierten und assoziierten Mächte behalten ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland jede Wiederherstellung und Wiedergutmachung zu erhalten, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages entspricht."

Die deutsche Regierung sträubte sich dagegen und erklärte in der Anlage 2 zu der Note der deutschen Friedensdelegation:

„Ein Recht Rußlands, von Deutschland Wiederherstellung und Wiedergutmachung zu erlangen, kann von der deutschen Regierung nicht anerkannt werden."

Die Verbandsmächte erwiderten darauf in ihrer Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge vom 16. Juni 1919:

„Die alliierten und assoziierten Mächte sind der Meinung, daß keiner der Vorbehalte und keine der Bemerkungen, die von der deutschen Delegation inbezug auf Rußland vorgebracht werden, die geringste Veränderung in den diesbezüglichen Klauseln des Friedensvertrages notwendig macht."

Deutschland wurde schließlich gezwungen, sich den ihm auferlegten Verpflichtungen zu unterwerfen.

Wie bekannt, hat sich die russische Sowjetregierung an den Friedensverhandlungen weder beteiligt, noch den Friedensvertrag unterschrieben. Es braucht auch nicht erst gesagt zu werden, daß sie ihn als imperialistischen Gewaltfrieden überhaupt nicht anerkennt; es braucht auch nicht hervorgehoben zu werden, daß die russische proletarische Regierung weit davon entfernt ist, irgendeinem Volke für die Verbrechen seiner Bourgeoisie in der oder jener Form Kontributionen aufzuerlegen. Die vorbehaltenen Rechte Rußlands „auf jede Wiedergutmachung und Wiederherstellung" haben also erst dann einen Sinn, und treten erst in Kraft in jenem Augenblick, wo die russische Sowjetregierung fallen und irgendeine bürgerliche Regierung ihren Platz einnehmen würde. Erst in dieser Stunde fiele das Damoklesschwert auf Deutschlands Haupt.

In den großen Versailler Tagen, als der verunglückte russische Bundesgenosse durch die „maximalistische Regierung" verhindert war, sich an der grandiosen Feier der Völkerversöhnung, an der die Sieger um den Raub feilschten und ihn unter sich nach den „Grundsätzen der Gerechtigkeit" verteilten, in diesen erhabenen Stunden vergaßen die Verbündeten den bedrängten russischen Freund nicht.

In der Hoffnung, daß sie durch Blockade, Intervention und Unterstützung der gesamten russischen Konterrevolution, der gestürzten russischen Bourgeoisie in kurzem wieder auf die Beine helfen wird, hat die Entente ihr das Recht vorbehalten, Deutschland mitplündern zu dürfen. Freilich geschah das nicht aus platonischer Liebe zum verunglückten Freunde! Frankreich, das sich aus der eigenen Krise mit deutschem Golde und deutschen Gütern zu retten rechnete, suchte nun auch seinem russischen Schuldner Quellen zu verschaffen, aus denen er einmal imstande wäre, seine französischen Schulden zu begleichen.

Der Entente bot sich die Gelegenheit, Deutschland auch russischerseits in Schach zu halten, es so zu fesseln, rücksichtslos zu vernichten, zugleich aber den russischen Bundesgenossen für die erwiesene Gefälligkeit für alle Fälle fest in die Hände zu bekommen.

Welche Gründe übrigens auch hier mitgespielt haben sollten, es besteht kein Zweifel, daß jede bürgerliche Regierung, die nach einem Sturze des Sowjetregimes in Rußland zur Macht gelangen sollte, sowohl eine „demokratische" wie eine monarchistische — nur diese ist auf den Trümmern des Sowjetregimes möglich — die „Auffassung des Friedensvertrages teilen wird", welcher in Artikel 231 erklärt, „daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.

Daran werden gar keine Ausflüchte und juristische Spitzfindigkeiten etwas ändern, auch nicht beispielsweise jene des deutschen Konsuls Dr. Zittelmann, der in seinem Kommentar „Rußland im Friedensvertrage von Versailles" keine Mühe spart, um zu beweisen, daß die Nichtbeteiligung der russischen Seite an den Friedensverhandlungen die Nichtaufnahme der Bestimmungen über Rußland gerechterweise entsprechen würde, und aus dieser Nichtbeteiligung die Unverbindlichkeit des Friedensvertrages für Rußland herauszuklügeln bestrebt ist. Ist es nicht ein lächerlicher Versuch an der diebischen Gaunersprache der Diplomaten und Juristen, in der der Friedensvertrag verfaßt ist, zu rütteln? Ist nicht ihre schlagende Beweiskraft durch ein hochgezüchtetes Zittelmann braucht sich keine grauen Haare wachsen zu lassen: keine bürgerliche Regierung in Rußland wird es unterlassen, den auf ihren Namen lautenden mit Deutschlands Unterschrift gefertigten Blankowechsel mit einer dickbäuchigen Milliardenziffer auszufüllen und ihn am geeigneten Tage dem Schuldner zur Zahlung zu präsentieren....

Das steht nun einmal fest. Was für Lehren ergeben sich aber daraus für Deutschland?

Die flüchtige russische Bourgeoisie hat sich in Deutschland sehr bequem einlogiert. Im gastfreundlichen Asyl brütet sie über den Plänen zur Niederwerfung Räterußlands, hier spinnt sie ihre Intrigen, trifft ungeniert ihre militärischen Vorbereitungen, organisiert sich politisch. Die gesamte russische Konterrevolution in allen ihren Schattierungen hat sich Deutschland zur Operationsbasis für den Kampf um die Wiedereroberung der verlorenen Macht gewählt; hier hat sie ihr Hauptquartier aufgeschlagen.

In Berlin erscheint frank und frei das „demokratische" Tageblatt der russischen Kadetten, die „Rul". Die russischen Monarchisten führen Unterhandlungen mit deutschen Tageszeitungen über die Herausgabe eines monarchistischen Tagesblattes in Deutschland. Am 1. Juni treten sie in Berlin zu einem Kongreß zusammen.

Eine offiziell anerkannte diplomatische Vertretung der russischen Konterrevolution in Berlin (Unter den Zelten) leitet die Kämpfe gegen Räterußland. Außer diesen Wühlereien besteht ihre Arbeit darin, daß sie der russischen Bourgeoisie Pässe ausstellt, damit die noblen Herrschaften nicht zu Victor Kopp gehen müssen.

Der berüchtigte Fürst Wermont-Awalofi beteiligte sich in zaristischer Militäruniform „mit den Offizieren seines Stabes" an dem Leichenzug der Exkaiserin Auguste Viktoria und legte auf ihren Sarg Kränze nieder. Ebenso hatte zu dieser Feier Alaman Semjonoff eine Militärabordnung delegiert; es fehlte auch nicht die Abordnung des russischen monarchistischen Vereins in Berlin.

Diese sich in Deutschland herumtreibende russische Reaktion ist aber eben der Anwärter auf die Kontribution von Deutschland, die im Friedensvertrage für Rußland „ausdrücklich" vorbehalten wurde! Sobald sie nur zur Macht gelangt, wird sie die Einlösung des fälligen Wechsels mit Zinseszins sich zu erzwingen wissen! Auf welche Weise sie das tun wird, was Deutschland von der siegreichen russischen Konter- den Tagen, wo die brutale Faust der Entente auf Deutschland ein neuer Feind erstehen, der an seiner Erliche Anschauungsunterricht der Sanktionen gibt ein klares Bild davon, wie ihre zweite Auflage einmal aussehen kann.

Damit es ganz deutlich gesagt wird: der Kampf der russischen Konterrevolution gegen Sowjetrußland ist gleichzeitig ein Kampf gegen Deutschland. Aus der Erdrosselung der russischen proletarischen Revolution soll Deutschland ei neuer Feind erstehen, der an seiner Erdrosselung mitarbeiten wird. Die deutschen Arbeitermassen ziehen sich durch ihr Gewährenlassen jenen Geier in ihrem Lande groß, der ihnen vielleicht einmal wie dem gefesselten Prometheus an die Leber gehen wird.

Ein Teil der deutschen Bourgeoisie ist des Glaubens, ein wiedererstandenes konterrevolutionäres Rußland werde der Verbündete der deutschen Bourgeoisie sein und ihr helfen, sich aus den Klauen der Ententebourgeoisie zu befreien. Diese Hoffnung ist trügerisch. Denn der gelähmte deutsche Imperialismus wäre auf russischem Boden genau so unfähig wie anderswo den Konkurrenzkampf mit dem mächtigen Ententeimperialismus siegreich zu bestehen. Die russische Bourgeoisie, die mit jedem Tag ihrer Herrschaft die Voraussetzungen für den neuerlichen Sieg der proletarischen Revolution mehr schaffen würde und ihn mehr zu fürchten hätte, könnte sich nur am Ruder halten durch einen starken politischen und wirtschaftlichen Rückhalt bei ausländischen Bourgeoisien, den ihr die deutsche Bourgeoisie nicht mehr zu bieten vermöchte. Darum ist die russische Bourgeoisie heute schon entschlossen, für den Fall des Wiedererstehens ihrer Macht sich an der Erdrosselung Deutschlands in der Gefolgschaft des Ententekapitals zu beteiligen.

Nur das proletarische Rußland kann für Deutschland eine Rückendeckung gegen den Ententeimperialismus werden, nur die Existenz Sowjetrußlands bietet die Gewähr, daß Deutschland nicht auch noch vom Osten her von den imperialistischen Räubern angefallen wird. Deshalb müssen sich die deutschen Arbeiter für die sofortige politische Anerkennung, die Anknüpfung engster wirtschaftlicher Beziehungen, kurzum, für die volle Unterstützung Sowjetrußlands mit ihrer ganzen Energie und Schlagkraft einsetzen.

Die Sanktionen der Entente sind eine Warnung und ein Mahnruf:

Fort aus Deutschland mit den Schwarzen Hunderten der russischen Konterrevolution!

Für den engsten politischen und wirtschaftlichen An-

Der einzige Ausweg: Proletarische Revolution!

In der Presse aller Parteien wird zwar fortgesetzt von den „schicksalsschweren" Tagen, in denen wir uns befänden, gesprochen. Aber keiner Partei ist voll bewußt, daß die Aufrollung der oberschlesischen Frage und der Sanktionspolitik im Westen Entscheidungen notwendig macht, die mehr als Tagesbedeutung haben. Die heutige Situation ist die Wirkung der kapitalistischen Politik aller Staaten seit Jahrzehnten, und keine Entscheidung — sie mag so oder so fallen — kann die Krise des Kapitalismus wirklich beseitigen, solange der Kapitalismus nicht selbst beseitigt wird. Selbst die Unabhängigen tun so, als ob die von ihnen erhobene Forderung der „Verständigung" eine Behebung der Schwierigkeiten für längere Zeit bedeute. Bisher haben alle Kompromisse und Verständigungen die Situation nur noch verschärft. Die kapitalistische Politik hat von Krise zu Krise geführt, und heute steht die ganze kapitalistische Welt vor einer Katastrophe. Die Zerfallserscheinungen des Kapitalismus hatten bisher nur den Osten und Süden Europas (Randstaaten, Polen, Oesterreich usw.) erfaßt. Jetzt wird ganz Europa in den Strudel hineingezogen. Die Abenteuer eines Zeligowsky finden ihren ihren Nachfolger in denen Korfantys. Dem völligen Zusammenbruch Oesterreichs folgt der Deutschlands. Der Imperialismus der Entente, der in den Randstaaten und auf dem Balkan mit jedem neuen Rettungsversuch neue Wirrnisse schaffte, stürzt auch Deutschland in das Chaos der politischen und wirtschaftlichen Auflösung.

In dieser Situation muß man schon die politische Borniertheit eines Hilferding besitzen, um in weisen Ratschlägen an die Urheber dieses Chaos einen Ausweg zu suchen. Alles Geschrei der „Freiheit" und des „Vorwärts" über angebliche Putschabsichten der Kommunisten hilft nicht darüber hinweg, daß eine radikale Lösung die einzig mögliche ist. Nicht Fortsetzung und Besserung der bisherigen kapitalistischen Politik, sondern völliger Bruch mit ihr kann allein aus den Schwierigkeiten der Stunde herausführen. Parlamentarismus, bürgerliche Demokratie, kapitalistische Regierungskunst und kapitalistische Wirtschaftsregelung haben völlig versagt. Die Ratlosigkeit der Bourgoisie ist nicht mehr zu steigern. In solcher Lage muß die Arbeiterschaft sich ihrer geschichtlichen Aufgabe bewußt sein. Sie muß mit der Verwirklichung des Sozialismus Ernst machen und statt der Zugeständnisse an den Kapitalismus diesem den Kampf ansagen. Räterußland hat gezeigt, daß trotz der ungeheuersten Schwierigkeiten wirtschaftlicher Aufbau und politische Festigung möglich sind. In Sowjetrußland geht es von Tag zu Tag aufwärts, während in der ganzen kapitalistischen Welt der Zerfall immer deutlicher wird. Der Uebergang Deutschlands von einem kapitalistischen zu einem kommunistischen Staat bringt allein die Rettung auch für Deutschland.

Wohl sträuben sich alle kapitalistischen Schmarotzer gegen den Neuaufbau auf sozialistischer Grundlage. Aber dieser Widerstand darf die arbeitende Bevölkerung nicht abhalten, ihren Willen durchzusetzen. Vor diesem Kampf schrecken die Rechtssozialisten und Unabhängigen zurück. Ihre Vermittlungs- und Besserungsversuche vermehren aber nur das Chaos. Die objektiven Verhältnisse haben auch den letzten Proletarier darüber belehrt, daß nur der Sozialismus und der Kampf für ihn noch die Welt vor dem Untergang in die Barbarei retten kann. Es gilt nur, die Kräfte des Proletariats zusammenzufassen, die arbeitende Bevölkerung zum Kampfe gegen die Ausbeuter und die Herrschenden zu organisieren und in revolutionärer Offensive in den Kampf zu führen. Je länger die Arbeiterschaft zögert, um so schlechter werden die Bedingungen des Kampfes, um so schwieriger die Bedingungen für den wirtschaftlichen Aufbau. Je rascher sie den Kampf aufnimmt, um so leichter wird der Sieg sein!

Die oberschlesische Aufstandsbewegung

Im Laufe des gestrigen Tages besetzten die Aufständischen noch eine Reihe weiterer Ortschaften. Die deutschen bürgerlichen Meldungen behaupten, sie seien mit Artillerie und Geschützen aus Heeresbeständen der Republik Polen ausgerüstet. In Oppeln kam es zu neuen ernsten Zwischenfällen. Die deutschnationalen Hetzer traten wieder in Wirksamkeit. Apo-Beamte verhafteten polnische Arbeiter. In der italienischen Presse wird immer noch die Aufsehen erregende Mitteilung der italienischen Truppenbehörden debattiert, derzufolge bei einer Haussuchung im Oppelner deutschen Plebiszitkommissariat **mehrere Panzerautos und unabsehbare Mengen von Waffen, Munition, sowie Dokumente gefunden wurden, die die Verzweigung des Orgeschnetzes einwandfrei** nachweisen.

Während die polnische Gewerkschafts- und Parteibureaukratie sich bekanntlich rückhaltlos hinter Korfanty stellt, unterstützen die deutschen menschewistischen Führer noch wie vor die Stinnesbourgeoisie in Oberschlesien. Forderten die Gewerkschaftsvorstände doch erst vor kurzem zum Eintritt in die deutschen Abwehrorganisationen, zu „Gegenmaßnahmen gegen den polnischen Terror“ auf. Aber mit dem Wachsen des revolutionären Kampfes in Oberschlesien erkennen immer weitere Schichten auch der deutschsprachigen Arbeiter, daß ihre Sache nicht von den polnisch sprechenden Klassenbrüdern zu trennen ist. Sie weigern sich, den deutschen Nationalisten zum Kanonenfutter zu dienen. Wie die „Freiheit“ meldet, lehnte vorgestern ein Entschluß der oberschlesischen Betriebsräte aller drei sozialistischer Parteien einstimmig jede Mitwirkung an den Bürgerwehren ab.

Die interalliierte Kommission in Oppeln erläßt eine ziemlich inhaltslose Bekanntmachung, in der sie mitteilt, „die von den alliierten Mächten zu treffende Entscheidung wird durch die Ereignisse in Oberschlesien in keiner Weise beeinflußt.“ Die politische Leitung der deutschen Oberschlesier (Nationalisten) will von der interalliierten Kommission entgegenkommende Erklärungen erhalten haben. **Es seien von der Kommission Truppenverstärkungen zur Unterdrückung des oberschlesischen Aufstandes beantragt worden.** Die französischen Generäle beantragen Truppenverstärkungen gegen den „nationalpolnischen Aufstand?“ Kämpft der französische Imperialismus gegen seinen liebsten Bruder und Waffengefährten, den polnischen? Oder sollte dieser Aufstand, der selbst den französischen Generälen unheimlich zu werden beginnt, nicht ein national-polnischer, sondern zum guten Teil **ein proletarischer sein?**

Fortgang des Streiks in Oberschlesien

In Oberschlesien ist auch der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Kendrzin in die Hände der Aufrührer gefallen. Dadurch ist eine Wiederaufnahme des Verkehrs von Oppeln nach dem Industriebezirk unmöglich. In einer Anzahl von Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Es muß aber lebhaft bezweifelt werden, daß diese Wiederaufnahme der Arbeit sich auch wird durchführen lassen, denn bisher sind schon wieder Arbeitswillige von den Aufständischen von ihren Arbeitsstätten vertrieben worden.

Zudem muß beachtet werden, daß die Werksleitungen in dem von Polen besetzten Gebiet samt und sonders sich in den Händen der Aufständischen befinden und daß die Direktoren und Beamten, die nicht geflüchtet sind, von den Aufständischen von ihren Posten entfernt werden. Unter diesen Umständen ist an eine geregelte Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu denken. Der Straßenbahnverkehr zwischen Beuthen und Kattowitz ist wieder aufgenommen, doch sind überall Ausweise nötig. In Kreuzburg verläuft die Linie, die von den Aufständischen besetzt ist, von Seichwitz über Gohle, Busow, Dupine, Koselwitz, Albrechtsdorf, Rulowitz, Wendrinerort, Kudoba und Sausenberg. Auf der Strecke Rosenberg-Landsberg haben die Rebellen bei Jamm eine Gleissprengung vorgenommen. Nachrichten über weitere Verstärkungen der Aufständischen liegen vor.

Die Gewerkschaften und Korfanty blasen ab
Die Arbeiter streiken weiter

Die deutschen Gewerkschaften in Oberschlesien haben an die Interalliierte Kommission in Oppeln folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Interalliierte Kommission hat wiederholt das Versprechen gegeben, die Ruhe und Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen, ohne daß sich an den beklagenswerten Zuständen, die nunmehr bereits eine Woche bestehen, etwas geändert hat. Die deutschen Gewerkschaftsvertreter haben Ende voriger Woche die Arbeiterschaft zur Arbeit aufgerufen; der Führer der Aufständischen, Korfanty, hat nachträglich dasselbe getan. Den Vertretern der Königshütter Arbeiterschaft ist am Sonnabend von der Interalliierten Kommission versichert worden, daß die Arbeit am Montag im vollen Umfang wieder aufgenommen werden kann. **Wir stellen fest, daß auf vielen Gruben und Werken am Montag Arbeitswillige an der Arbeit mit Waffengewalt verhindert wurden.** Ferner werden von den Arbeitern an anderen Orten von den Insurgentenführern gegen hohes Entgelt ausgestellte Scheine verlangt. **Wir ersuchen, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, daß die arbeitswillige Arbeiterschaft ohne Bedrohung und ohne Paßzwang der Arbeit nachgehen kann.**“

Zu Anfang hetzte Korfanty zum Streik. Die deutschen Gewerkschaften hetzten zur Gegenwehr. Jetzt blasen die Nationalisten hüben und drüben ab und rufen die Interalliierte Kommission „zum Schutz der Arbeitswilligen gegen den Terror der Aufrührer“ an. Diese Klänge sind jedem Arbeiter bekannt. Sie bilden den besten Beweis dafür, daß die oberschlesische Bewegung den Nationalisten auf beiden Seiten den Kopf wäscht.

Umfall der Bourgeosie

Die schwere Alternative der deutschen Bourgeoisie, außerhalb derer die Unabhängigen keine dritte Möglichkeit kennen, die Alternative: Annahme oder Ablehnung des Entente-Ultimatums, ist entschieden.

Nach langen Fraktionsberatungen der Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten, der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen, hat sich ein Stimmenverhältnis ergeben, daß die Annahme des Ultimatums im Reichstag sicherstellt. Das Zentrum war von vornherein mit überwiegender Mehrheit für die Unterzeichnung. Ebenso Mehrheitssozialisten und Unabhängige, die in ihrer Angst vor imperialistischen und revolutionären Konflikten der internationalen Konterrevolution eine Atempause zu verschaffen bemüht sind. Bei den Demokraten war die Reichstagsfraktion gegen, der Parteivorstand für Annahme des Ultimatums. Ihre Stellungnahme ist bei ihrer geringen Stärke außerhalb wie innerhalb des Parlaments nicht von einschneidender Bedeutung. Die heftigsten Kämpfe tobten in der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei. Hier war zunächst nur eine Minderheit unter Führung Stresemanns, des Anwärters auf den Kanzlerposten im Unterzeichnungskabinett, für die Annahme. General von Seeckt, der an der Sitzung teilnahm, erklärte, daß man an der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren und der Ortsleitungen die Verständigung nicht scheitern lassen dürfe. Der Reichsschatzminister von Raumer trat ebenfalls für die Unterzeichnung ein, wie das „Berliner Tageblatt“ durchblicken läßt, auf Veranlassung „führender Großindustrieller“, die sich für die Möglichkeit einer wenigstens vorläufigen Durchführung der wirtschaftlichen Forderungen ausgesprochen haben. Trotzdem neigte sich die Wagschale nach starken Schwankungen immer mehr auf Seiten der Unterzeichnungsgegner und bei der Abstimmung wurden schließlich 30 Stimmen gegen, 19 Stimmen für eine motivierte und 4 Stimmen für eine vorbehaltlose Unterzeichnung abgegeben.

Damit ist die parlamentarische Lage klar. Die Parteien, die für die Annahme des Ultimatums eintreten, müssen es auch unterzeichnen. Das neue Kabinett wird gebildet aus den alten Koalitionsparteien, den Mehrheitssozialisten, Demokraten und dem Zentrum mit offiziellem Beitritt oder inoffizieller Hilfsstellung der Unabhängigen. Ein letzter Versuch des Zentrums den Wurf des Regierungssteuers nach links dadurch zu verhindern, daß es die eigene Stellungnahme zum Regierungseintritt vom Eintritt der Deutschen Volkspartei abhängig machen wollte, ist mißglückt. In dem neuen Kabinett muß naturgemäß die Mehrheitssozialdemokratie die Führung haben. Der Reichstagspräsident Loebe, derselbe, der noch vor wenigen Tage darlegte, warum der Sozialdemokratie die Regierungstrauben zu sauer seien, ist mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Aber auch die außerparlamentarische Lage ist klar. Die Bourgeoisie unterwirft sich, um eine Atempause in ihrem Konflikt mit der Ententebourgeoisie zu erlangen. Sie will die sofortige Besetzung des Ruhrgebiets verhindern, und hofft in späterer Zeit durch die Fortsetzung der Sabotage der Ententeforderungen und die deutsche Schleuderkonkurrenz im Ausland die Entente für günstigere Bedingungen mürbe zu machen. Die Orgeschführer wissen ganz genau, daß die Entente trotz aller Furcht Frankreichs vor dem deutschen Militarismus die Orgesch zur Niederhaltung des deutschen Proletariats braucht. Darum schieben sie jetzt die Entwaffnungsfrage in den Hintergrund und legen der Unterwerfung kein Hindernis in den Weg.

Die Unterwerfung unter das Ententediktat bedeutet so nicht die Lösung, sondern nur die Verschleppung und weitere Verschärfung des Konfliktes. Soweit eine Verständigung zustande kommt, ist ihr Inhalt die gemeinsame verschärfte Ausbeutung des deutschen Proletariats.

Die deutschen Arbeiter dürfen nicht tatenlos zusehen, wie die wichtigsten Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands von der Bourgeoisie und ihren Handlangern getroffen werden. Sie dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn der Versuch gemacht wird, die Existenz der Bourgeoisie um den Preis zu retten, daß das Proletariat in den Abgrund der furchtbarsten Fron gestoßen wird. Sie müssen sich aufraffen zum Kampf.

Gegen das Doppeljoch der deutschen und der Ententeausbeuter.

Für die Macht der deutschen Arbeiterklasse im Bunde mit Sowjetrußland.

Politische Uebersicht

Das neue Reichskabinett

(T.U.) Berlin, 10. Mai.

Das neue Reichskabinett ist nunmehr gebildet und setzt sich wie folgt zusammen:

Reichskanzler und Außenministerium: Dr. Wirth (Zentr.),
Vizekanzler und Schatzamt: Bauer (Soz.),
Inneres: wahrscheinlich Dr. Gradnauer (Soz.),
Wirtschaft: Robert Schmidt (Soz.),
Arbeit: Brauns (Zentr.),
Verkehr: Groener bleibt als Fachminister,
Reichswehr: Dr. Geßler (Dem.),
Post: Giesberts (Zentr.),
Justiz: Schiffer (Dem.),
Wiederaufbau: Silberschmidt (Soz.).
Finanzministerium bleibt vorerst unbesetzt.

Das Kabinett trat sofort zu einer Sitzung zusammen. Infolge dieser Verzögerung fand die auf 7 Uhr angesetzte Plenarsitzung des Reichstags erst später statt.

Vor dem Beginn des Ruhreinmarsches

Nach der französischen Presse ist bereits die Hälfte der zur Besetzung des Ruhrgebiets aufgebotenen Truppen im linksrheinischen Gebiet eingetroffen. Falls die (vorläufig noch ungeborene) deutsche Regierung bis morgen Abend das Ultimatum nicht bedingungslos und vorbehaltlos annimmt, und somit die Verschacherung der deutschen Arbeiter auf Jahre hinaus vollzieht, beginnt übermorgen früh der Vormarsch. Bis Freitag abend soll die Besetzung des Industriegebiets vollzogen sein.

Das Frankfurter Mittagsblatt berichtet über die militärischen Vorbereitungen: Der Mainzer Hauptbahnhof gleicht seit Sonnabend einem einzigen Heerlager. Ununterbrochen rollen von der Pfalz her und durch Rheinhessen die französischen Militärzüge in den Bahnhof hinein. Die Wagen sind vollgestopft von jungen Soldaten. Alpenjäger, Infanterie, Artillerie, Pioniere, alle Truppengattungen bunt durcheinandergewürfelt, feldmarschmäßig ausgerüstet mit funkelnagelneuen Monturen. Die Gasmasken hängen an den dickleibigen

Deutsche Arbeiter, erkennt ihr, was euch bevorsteht! „Alle Truppengattungen. Feldmarschmäßig ausgerüstet. Gasmasken, Maschinengewehre.“ Die zusammenbrechende deutsche Bourgeoisie treibt euch tiefer und tiefer in den Abgrund hinein. Kein pazifistisches Gestöhn, kein schöner Hilferdingspruch rettet euch, wenn ihr nicht selbst euch rettet. **Kampf für den Sturz der deutschen Bourgeoisie, Kampf gegen die Kriegsgefahr,** noch weit stärker und machtvoller, als die französischen Kommunisten ihn bereits zu führen beginnen, **das ist der einzige** Rettungsweg für das deutsche Proletariat.

Das Auswärtige Amt über die Forderungen der Entente

Das Auswärtige Amt hat über die Londoner Forderungen der Entente eine Denkschrift ausgearbeitet, deren Schlußbemerkung über die Folgen der Annahme des Ultimatums von Bedeutung ist in dem Augenblick, in dem Mehrheitssozialisten und Unabhängige für die Annahme des Ultimatums eintreten. Sie lautet:

„Hinsichtlich der auf der Märzkonferenz in London verhängten Sanktionen ist folgendes zu bemerken: Wie erwähnt, **wird die ausdrückliche Anerkennung der in England und in anderen Ländern bestehenden oder noch einzuführenden Einfuhrabgabe auf deutsche Waren gefordert.**

Ueber Rückgängigmachung der Besetzung von Duisburg und Düsseldorf und wegen des alliierten Zollregimes im Rheinland sind Zusicherungen auf Aufhebung der erfolgten Zwangsmaßnahmen für den Fall der Unterzeichnung des Ultimatums nicht abgegeben.

Die Androhung der Besetzung des Ruhrgebiets im Ultimatum kann auch auf den Fall bezogen werden, daß Deutschland zwar die geforderte Erklärung rechtzeitig abgibt, aber die abgegebenen Zusagen aus irgendeinem Grunde nicht einlöst.

Eine ausdrückliche Anerkennung des Zahlungsplans, wie sie das Ultimatum der Alliierten fordert, ist im Friedensvertrage nicht vorgesehen. Die Anerkennung würde den Verzicht auf die gegen die Festsetzung des Gesamtschuldbetrages durch die Reparationskommission gemachten Einwendungen bedeuten.“

Selbst eine nüchterne bürgerliche Beobachtung kommt also zu dem Schluß, daß durch die Annahme des Ultimatums weder die Ausfuhrabgabe noch die jetzige Besetzung beseitigt, noch eine künftige Besetzung des Ruhrgebiets verhindert werden kann. Wenn die Bourgeoisie trotzdem sich zur Unterwerfung entschließt, so nicht darum, weil sie die unerträglichen Lasten zu beheben, sondern weil sie sie auf das Proletariat abzuwälzen hofft. Wenn aber die Sozialverräter beider Schattierung dasselbe tun, so darum, weil sie lieber dem Proletariat die unerträglichsten Lasten aufbürden lassen wollen, als es in den Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen.

Kahr will nicht entwaffnen

Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr hat sich anläßlich der Debatten über das Ententeultimatum interviewen lassen. Seine Manöver, sich um die bayerische Frage herumzudrücken, sind so durchsichtiger Art, daß es schwer fallen muß nicht sofort den Zweck der Uebung zu erkennen. Er sagte:

Es ist ganz falsch und in diesem Augenblick außerordentlich unklug, wenn man die Frage der Einwohnerwehr in den Vordergrund schiebt, sie ist nur eine sekundäre Angelegenheit. Die Hauptsache ist und bleibt die Wiederherstellungsfrage.

Die bayerischen Rebellen wollen also die Frage der Auflösung der Einwohnerwehren unbeantwortet lassen, und da sie sich zu schwach fühlen, der Entente offenen Widerstand zu leisten, lassen sie die Sozialdemokraten die Unterwerfung vollziehen im Vertrauen darauf, daß die Entente die Orgesch weiter als Büttel gegen das deutsche Proletariat bestehen lassen wird.

Hilferding — der Handlanger der Kriegshetzer

Das Zentralkomitee der USP. veröffentlicht einen Aufruf über Oberschlesien.

Was haben die Papageien Hilferdings dem deutschen Proletariat in dieser Stunde, da die Bourgeoisie das Grauen eines neuen Krieges heraufbeschwören will, zu sagen?

Wenn man von ein paar hohlen und leeren Phrasen absieht, ist dies der Kern der unabhängigen Tiraden:

„Deshalb warnen wir die deutsche Arbeiterschaft eindringlichst vor den irreführenden und den nationalistischen Bestrebungen zum Nachteil des revolutionären Gedankens Vorschub leistenden Parolen der VKPD.“

Die Bourgeoisie steigert täglich ihre Lügenpropaganda; alles wird getan, um den mordlüsternen Offizierscliquen die Gelegenheit zum Losschlagen zu geben — allein die Kommunisten erheben ihre Stimme, um das Proletariat auf die Gefahr hinzuweisen.

Das muß die Bourgeoisie verhindern. Der Staatsanwalt verbietet die „Rote Fahne“. Als freiwillige Helfer springen ihm zur Seite die Führer der USP., die im übelsten Polizeistil vor „kommunistischen Umtrieben“ warnen. Sie verkriechen sich nicht mehr feige, schlimmer noch: sie treten offen auf als Freiwillige Büttel der Gegenrevolution!

Die VKPD. leistet nationalistischen Bestrebungen Vorschub! So heißt es. Die oberschlesischen Proletarier, die jahrelang von den deutschen Junkern und Schlotbaronen ausgesaugt, mit dem Polizeiknüppel unterdrückt, mit dem Fusel verdummt wurden, sind keine ausgebildeten Marxisten. Ihr elementarer Ausbruch, ihr Kampf, den sie jetzt führen, wird noch von viel nationalistischen Illusionen beherrscht. Soll die VKPD. sie deshalb zur „Ruhe und Ordnung“ mahnen, soll sie sie in die Betriebe zurückrufen, damit sie dort zu Nutz und Frommen der deutschen Bourgeoisie, der deutschen Nationalisten weiter schuften? Nein, die VKPD. ruft den kämpfenden Arbeitern zu, ihren Kampf zu steigern zum Kampf gegen alle Bourgeois, gegen alle Nationalisten! Die VKPD. setzt alles daran, daß die kämpfenden Arbeiter ihre letzten nationalistischen Vorstellungen von sich werfen, daß dieser Kampf um rein revolutionäre Ziele geführt wird. Die VKPD. unterstützt also den Nationalismus!

Die USP. tut es nicht. Sie ruft nur noch „Ruhe und Ordnung“! Sie wettert dagegen, daß die polnischen Arbeiter es wagen, gegen deutsche Unternehmer zu streiken! Sie kämpft auf die „Ruhe“ [illegible] sie gibt den Kriegshetzern [illegible] die Stichworte, unter denen sie zur [illegible] „Ruhe und Ordnung“ einen neuen [illegible] wollen. Die USP. unterstützt also keineswegs die Nationalisten!

Die Arbeiter mögen selbst entscheiden, ob das, was die USP.-Führer jetzt [illegible] gegen den Nationalismus bedeutet, oder ob die „grundsätzlichen Bekämpfer jeder Kriegspolitik“ nicht die schmutzigsten Handlangerdienste für die Kriegshetzer

Ausland

Die Massenaktion der Pariser Arbeiter gegen den Krieg

Die Blätter melden, daß an der gestrigen Pariser Riesendemonstration gegen die Mobilisation des Jahrgangs 1919 alle kommunistischen Gruppen teilnahmen. An der Kundgebung, eine der größten, die Paris je gesehen hat, beteiligten sich an 200 000 Arbeiter. Die Manifestanten riefen nach einer begeisternden Rede des Genossen Marcell Cachin: „Laßt uns zu Taten übergehen. Wir wollen nach Paris rücken. Nieder mit dem Krieg! Unabsehbare Mengen marschierten darauf von dem Vorort, in dem die Demonstration stattfand, ins Stadtinnere. Es kam dann zu den Zusammenstößen mit der Polizei, von denen wir bereits heute morgen berichteten. Mehr als 60 Arbeiter wurden verwundet. Verhaftungen wurden in großer Anzahl vorgenommen.

Auch in Limoges und anderen französischen Städten fanden große Demonstrationen gegen den Krieg statt.

Paris, 10. Mai.

Der ständige Verwaltungsausschuß der vereinigten französischen Sozialdemokraten und die sozialistische Kammerfraktion erlassen heute vormittag in ihrem Organ Le Populaire einen scharfen Aufruf gegen die Mobilisierung. Man solle hinausschreien, man wolle den Krieg nicht wieder beginnen. Ferner solle man erklären, daß die Kriegsruinen nur durch gemeinsame Arbeit der Völker wiederhergestellt werden können.

England vor dem Generalstreik?

Die Streiklage in England hat sich durch den Umstand neuerdings verschärft, daß die Dockarbeiter sich weigern, ausländische Kohle abzuladen. Die englische Regierung geb gestern den Pressevertretern eine Note, in der erklärt wird, daß die Situation, in der sich England derzeit befinde, dadurch verschärft werde, daß nunmehr auch die Eisenbahner sich weigern, fremdländische Kohle zu verladen. Die Regierung hofft durch ihre vorläufige Maßnahme, jede ausländische Kohle, die in England eintrifft, als Staatseigentum zu erklären, den Transportarbeitern zu beweisen, daß sie der privaten Industrie nicht zugute kommt. Gestern hatte der Transportminister Erik Geddes mit den Sekretären der Transportarbeiter und den Eisenbahnern eine Unterredung. Eine Konferenz von 33 Linien der National Union der Eisenbahner auf den Ostlinien nahm eine Resolution an, in der

für kommenden Sonntag der Generalstreik proklamiert

werden soll.

Kommunistische Umtriebe im englischen Heer

Die Blätter weisen auf die ernste Wendung hin, die der Kohlenarbeiterstreik genommen hat infolge der Weigerung der Eisenbahner und Transportarbeiter, Kohlen, die auf dem Seewege eintreffen, zu befördern. „Morning Post" zufolge befindet sich die Nation dadurch genau in derselben Lage, wie zur Zeit des Generalstreiks des Arbeiterdreibundes. Das Blatt führt diese neue Bewegung auf kommunistische Umtriebe zurück und bringt damit auch die Ausschreitungen der Truppen in Aldershot in Zusammenhang.

Der englische Kohlenstreik

Evening News meldet, daß bisher etwa fünf Millionen Arbeiter von dem Kohlenstreik, der morgen 40 Tage währen wird und der der englischen Industrie den verhängnisvollsten Schaden zugefügt hat, unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen sind.

Blutige Zusammenstöße in Palästina

Am 1. Mai verbreiteten die Kommunisten in Jaffa (Palästina) ein Manifest in arabischer und jiddischer Sprache, das die Solidarität des arabischen und jiddischen Proletariats betont. Die Demonstration wurde von zionistischen Nationalisten angegriffen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen, wobei 28 Araber und Juden getötet und 150 verwundet worden sind. Für die Zusammenstöße sind die im Dienste der englischen Regierung stehenden chauvinistischen Zionistenführer verantwortlich.

Der Bürgerkrieg in Italien

Aus Castelvetrano wird gemeldet: Aus Anlaß von Wahlversammlungen kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Fascisten. Vier Personen wurden getötet und 14 verwundet.

Triest, 3. Mai.

Die offizielle Stefaniagentur und die bürgerlichen Blätter veröffentlichen eine Nachricht, wonach der 1. Mai in Italien einen ruhigen Verlauf genommen habe. Demgegenüber zählt der „Lavoratore della Sera" eine Reihe von blutigen Zusammenstößen auf, die durch die Provokationen der Fascisten entstanden sind. In Rieti gab es 10 Verwundete, in Corato 1 Toten und zahlreiche Verwundete, in Neapel 6 schwer Verwundete (darunter 2 Fascisten), in Reggio Emilia wurden 3 Sozialisten ermordet, in Ravenna 1 Kommunist von den Weißgardisten erschossen, in Muggio 15 Personen verwundet. Zahlreiche Arbeiterkammern wurden wieder in Brand gesteckt oder zerstört.

Polen

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und der Polizei

Die offizielle polnische Nachrichtenagentur berichtet: In Warschau kam es zwischen den demonstrierenden Kommunisten und der Polizei zu einem blutigen Zusammenstoß. Mehrere Personen wurden verwundet, darunter ein Polizist. In Lodz ruhte der ganze Verkehr. Zwischen den Kommunisten und der Polizei kam es an drei Stellen zu Zusammenstößen. Die Kommunisten trugen Fahnen mit Aufschriften: „Es lebe Sowjetrußland". Die Polizei konfiszierte solche Fahnen und verhaftete die Fahnenträger.

Nach einem andern uns zugegangenen Bericht hat es ungefähr 600 Verwundete gegeben. Der Maidemonstrationszug der PPS. wurde von nationalen Kampfabteilungen überfallen. Es kam zu einem Gefecht, bei dem es viele Verwundete gab. Die Warschauer Gefängnisse sind überfüllt mit Gefangenen. In den Straßen wurden einzelne Arbeiter und Juden von den Nationalisten überfallen und geschlagen.

Lodz, 2. Mai (über Danzig).

In Lodz wurde der Maidemonstrationszug der Kommunisten von der Polizei angegriffen. Es kam zu einem heftigen Kampf. Die Kommunisten scharten sich um ihre Fahne und setzten sich heftig zur Wehr. Erst nach zwei Stunden gelang es der Polizei, die rote Fahne zu erbeuten. Es sind viele Verhaftungen vorgenommen worden.

Krakau, 6. Mai.

Die Arbeiterschaft im Dombrowaer Kohlenrevier beschloß am 1. Mai, sich mit den oberschlesischen Arbeitern zu verbrüdern. Truppen, die gegen die Arbeiter ausgeschickt wurden, solidarisierten sich mit den Arbeitern. Um den Zusammenschluß mit den oberschlesischen Arbeitern zu verhindern, zog die polnische Polizei starke Abteilungen der Bojowka Polska (polnische Orgesch) zu Hilfe. Mit Handgranaten wurden Arbeiteransammlungen gesprengt.

Sitzung des Zentralausschusses

Klare Bahn

Die letzte Sitzung des Zentralausschusses hat mit überwältigender Mehrheit den Beschluß der Zentrale auf Ausschluß Paul Levis wegen groben Disziplinbruches bestätigt. Sie hat Leitsätze angenommen zur Vorlage an den 3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, die die Lehren aus der vergangenen Märzaktion im Sinne der offensiven Einstellung der Partei zieht. Sie hat weiter Beschlüsse angenommen, die eine größere, eine engere Verbindung der politischen Aktion überall in der Kommunistischen Internationale bewirken soll.

Angesichts der nicht abbrechenden ökonomischen und politischen Krise, in die der Kapitalismus in Mittel- und Westeuropa geraten ist, drängt sich die Notwendigkeit unwiderstehlich auf, daß die Kommunistische Internationale als ein einheitlich handelnder Körper auftritt. Es ist klar, daß das nicht mit einem Schlage erreicht werden kann. Auch die Notwendigkeit drängt sich auf, daß die Kommunistische Internationale sich so rasch wie möglich diesem Ziel nähert. Die taktischen Differenzen in der Partei sind mit den Entscheidungen des Zentralausschusses noch keineswegs völlig überwunden. Aber es zeigte sich, daß der rechte Flügel trotz der Fehler und Mängel, die die Märzaktion mit sich führte, trotz der Niederlage sehr schwach ist, und es zeigte sich ferner, daß die gesamte Partei entschlossen ist, unerbittlich alle Verstöße gegen die Parteidisziplin niederzuhalten.

Der Zentralausschuß hat sowohl durch Erklärungen wie durch seine Handlungen klar gezeigt, daß er nicht daran denkt, irgendeine taktische Auffassung, die irgendwie mit dem Wesen des Kommunismus vereinbar ist, gewaltsam zu unterdrücken. Was er verlangt und verlangen mußte, ist das, daß solche taktischen Differenzen im Rahmen der Parteidisziplin, im Rahmen der organisatorischen Gesetze durchgefochten würden.

Die taktische Klärung in der Partei muß mit aller Gründlichkeit und Schärfe erfolgen, aber es handelt sich um die Klärung der Gesamtpartei und nicht um die Ausbildung eines linken und eines rechten Flügels.

Die taktischen Fragen, die die Märzkämpfe innerhalb der VKPD. aufgerollt haben, werden ihre endgültige Klärung finden auf dem bevorstehenden Weltkongreß der Internationale, und wir zweifeln nicht im mindesten, daß die Kommunistische Internationale sich ebensowenig Konzessionen an 2¾ Elemente machen wird als an 2½ Elemente.

Der ZA. hat schließlich eingehend die gegenwärtige politische Situation durchgesprochen und die Haltung der Partei geklärt. Es hat sich gezeigt, daß die Märzkämpfe für die Partei nicht umsonst gewesen sind, sie ist aktiver und zugleich beweglicher aus ihnen hervorgegangen. Die taktischen Probleme, die die gegenwärtige Situation für die Kommunistische Partei aufwerfen, sind nichts weniger als einfach, und es ist selbstverständlich, daß sie im Kampf der Meinungen geklärt werden können.

Wenn die Gegner des Kommunismus aber gehofft haben, die Partei werde in diesen Auseinandersetzungen zerbrechen, so haben sie sich gründlich getäuscht. Ein undisziplinierter Führer ist über Bord gegangen. Aber wenn irgend etwas feststeht, so ist es dies, daß keinerlei Arbeitermassen daran denken, ihm zu folgen, daß die große Masse der Partei von dem unerschütterlichen Willen beseelt ist, eisern zusammenzuhalten.

Die schwere Kampfprobe, die die Partei durchgemacht hat, stellt sie nicht nur unerschüttert da, sondern erhebt sie fester gefügt und kampfkräftiger.

In diesen Tagen trat der Zentralausschuß der VKPD. zusammen, um zu folgender Tagesordnung Stellung zu nehmen:

1. Die politische Lage und die Aufgaben der Partei.
2. Die Stellung zum Kongreß der 3. Internationale.
3. Die Berufung Levis wegen seines Ausschlusses aus der Partei.
4. Stellungnahme zum außerordentlichen Parteitag.

Die Aufgaben der Partei.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung referierte ein Mitglied der Zentrale. Er schilderte die Schwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie, in die sie geraten ist durch die Sanktionen der Entente, durch die oberschlesische Frage usw. Wir müssen uns also vorbereiten auf eine Periode inner- und außenpolitischer Katastrophen. Es wäre daher verfehlt, jetzt noch lange Zeit über die hinter uns liegende Aktion zu diskutieren. Nur soviel sei gesagt, bei der Beurteilung der Fehler, die in der Aktion vorgekommen sind, darf man in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Lage nicht vergessen, daß die Aktivität nach links, wenn sie auch zu Fehlern geführt hat, milder zu beurteilen ist als die Passivität nach rechts.

Der Referent schildert dann die neuen imperialistischen Gegensätze, die vor allen Dingen zwischen Amerika und England ausgebrochen sind. Die Folge dieser Rivalitäten sind neues Wett-Flottenrüsten, neue Kolonialkriege und schließlich die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Zur Frage Sowjet-Rußlands meint der Referent, daß das kapitalistische Westeuropa zur Ermattungsstrategie übergegangen ist, die sich vor allem äußert in den Handelsverträgen mit Rußland und in dem polnischen Frieden mit Sowjetrußland. Das Ziel ist indessen dasselbe geblieben. Sowjetrußland soll niedergerungen werden. Stellt sich heraus, daß die Lage Rußlands durch die Ermattungsstrategie gestärkt wird so wird die kapitalistische Welt wieder zu ihrer alten Niederwerfungsstrategie zurückkommen.

Die Sanktionen der Entente gegenüber Deutschland bedeuten einen vollkommenen Bankerott der bürgerlichen Politik. Es ist dabei zu verzeichnen, daß die USP. und die SPD. sich vollkommen als Agenten der Entente verhalten. Das Proletariat muß aber selbst als handelnde Klasse in diesen Konflikt der deutschen Bourgeoisie mit der Entente eingreifen, um ihn für seine Zwecke, für die Revolution auszunützen. Es wird die Aufgabe der Kommunisten sein, in Anknüpfung an die wirtschaftliche Lage des Proletariats das selbständige Handeln der Arbeiterklasse zu fördern und vorwärts zu treiben. Der Referent verliest in diesem Zusammenhang den Aufruf der Gewerkschaftszentrale der VKPD. In den Vordergrund der politischen Propaganda und politischen Aktion muß von den Kommunisten gestellt werden der Kampf für die politische Amnestie, gegen den weißen Schrecken und gegen die weißen Sondergerichte.

Kommt es zur Ruhrgebiet-Besetzung, so ist es Aufgabe der Kommunisten, die zweifellos entstehende Bewegung mit nationalen Zielen umzumünzen in eine Bewegung des Proletariats gegen die verantwortliche Bourgeoisie. Die etwa entstehenden Aktionen im besetzten Gebiet müssen übergeleitet werden auf das unbesetzte Gebiet. Die Parole für diese revolutionäre Tätigkeit wäre die Aufnahme der Handelsbeziehungen und des Bündnisses mit Sowjetrußland, sich steigernd bis zu den politischen Arbeiterräten.

Zum Schluß bekämpft der Referent die vollkommen unmarxistische Denkweise einiger Genossen, die heute als Anklage gegen die vergangene Märzaktion den weißen Schrecken und die Zuchthausurteile anführen. Er verweist darauf, daß der weiße Schrecken mit Naturnotwendigkeit Folge jeder Teilaktion ist, die nicht zum vollen Erfolge führt. Wo die eine Offensive aufhört, da setzt die Initiative der Reaktion ein, die aber wiederum [illegible] Maße, wie sie mehr oder weniger brutal auftritt, das Proletariat zusammenschließt [illegible] den Prozeß umschlagen läßt in eine Offensive des Proletariats gegen die Reaktion.

Genosse Heckert spricht noch kurz über die Gewerkschaftsfrage und verweist darauf, daß unsere alte Linie nicht geändert werden darf. Der Massenaustritt von Arbeitern aus den Gewerkschaften ist eine Folge ihres Unbefriedigtseins, eine Folge der verhängnisvollen Politik der Gewerkschaftsbureaukratie, die für die Gewerkschaftsmitglieder keinen Erfolg bringt. Aber gerade weil die Gewerkschaftsmitglieder unbefriedigt sind, müssen wir in den Gewerkschaften bleiben und diese Stimmung ausnützen, um die Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganisationen zu machen.

Die Diskussion.

Genosse Hörnle: Mir kommt es darauf an, das Geschwätz über die Offensivtaktik zu erledigen und ihr einen konkreten Inhalt zu geben. Das platonische Bekenntnis zur Offensive soll ersetzt werden durch das vollkommene Verstehen und Begreifen des Begriffs Offensive. (Genosse Hörnle legt mit 3 anderen Genossen eine Resolution vor.) Die Zentrale hat oft versagt und Bewegungen mit abgewürgt. In Württemberg standen die Arbeiter wochenlang in dem schärfsten Kampf mit den Unternehmern, ohne daß die Parteileitung den Versuch gemacht hätte, die Bewegung über Württemberg hinaus zu verbreitern. Man bemängelt die Parole in meiner Resolution, man kann aber nicht bei der Frage der Arbeitslosigkeit, bei Betriebsstillegungen, bei Lohnkämpfen usw. sagen: nur die Räterepublik kann uns retten. Wenn wir nicht verstehen, überall und bei jeder Gelegenheit an die kleinsten Tagesbedürfnisse des Proletariats anzuknüpfen, werden wir zu keinem Erfolge kommen.

Friesland-Berlin. Die Diskussion geht nicht um die Person Levis, sie geht um den Levi-Geist. Die Resolution, die Kurt Geyer vorgelegt hat, ist durchaus charakteristisch dafür. Jetzt erst wird vielen Genossen die Berechtigung unserer Kritik in der Bündnisfrage und der KAP.-Frage klar werden. Die Aufnahme der KAP. in die dritte Internationale war ein Zeichen dafür, daß das Exekutivkomitee von einer Kommunistischen Partei eine andere Auffassung hatte und noch hat, als z. B. Levi und seine Anhänger. Ich bedaure, daß Levi nur wegen Disziplinbruches ausgeschlossen ist; uns trennt von ihm eine Weltanschauung. — Es gibt kein Rezept dafür, wie wir uns von den Massen nicht trennen. Wenn eine bestimmte revolutionäre Aufgabe vor uns liegt, muß diese Aufgabe von uns erfüllt werden

Ein Genosse aus Oberschlesien macht Mitteilung über die dortige Lage. Wir haben wirtschaftliche und politische Forderungen verknüpft und damit gute Erfolge erzielt. Unsere Haltung bei der Abstimmungsfrage wird jetzt durch die Verschärfung der Krise immer mehr von den Arbeitern und Angestellten begriffen.

Kurt Geyer: Die Zentrale ist heute dazu übergegangen, sich selbst zu kritisieren in den von ihr vorgelegten Leitsätzen. Meine Leitsätze gehen in einigen Punkten weiter als die der Zentrale. An den Ausführungen des Genossen von der Zentrale haben meine Freunde wesentliche Aussetzungen zu machen. Wir müssen Abgrenzungen vornehmen, sowohl nach rechts als auch nach der Seite der KAP. hin. Die Zentrale hat sich zurückentwickelt auf die Linie vor der Aktion. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Die Begriffe Defensiv- und Offensiv-Propaganda und Aktion sind willkürlich getrennt worden. In Wirklichkeit ist die Grenze unbestimmbar. Die Hauptfrage bei der Märzaktion ist, war man im Kontakt mit den Massen? Die Leitsätze der Zentrale sind ein Eingeständnis dafür, daß das nicht der Fall war.

Wir geben offen zu: es sind viele Fehler in der Aktion gemacht worden, die Märzaktion war noch nicht eine Offensivaktion, sie war zum größten Teil defensiv. Wir haben nicht verstanden, Herr der Massen zu werden. Aber eins ist sicher: wir werden bei kommenden Kämpfen als Kämpfer zu den Massen kommen, Levi und seine Anhänger als Verräter. Indem wir kämpfen, wie Liebknecht allein, überwinden wir die Skepsis der deutschen Proletarier.

Genosse Frölich: Es bestehen Gegensätze, und sie werden ausgesprochen mit denselben Worten. Die rechte Seite hat nicht den Mut, das zu sagen, was sie denkt. Die Resolution Geyer atmet einen absolut anderen Geist als die Leitsätze der Zentrale. Die entscheidende Frage ist, wie töten wir den kleinlichen Geist in den Arbeitern und führen sie zu einer großzügigen Auffassung. Wir müssen uns viel stärker einstellen auf die Schichten, die kämpfen müssen.

Um alle Gegensätze und vor allem alle Gerüchte und Verleumdungen über einige führende Mitglieder der Partei zu klären, wird beschlossen, in eine gründliche Aussprache darüber einzutreten.

Genosse Koenen verliest daraufhin einige Berichte, vor allem aus Mitteldeutschland, die von der Opposition gegen die Zentrale benutzt wurden.

Ruth Fischer: Die Taktik der Rechten ist: die Grundsätze der Märzaktion billigen wir, aber wenn ihr wüßtet, was hinter den Kulissen vorgegangen ist, dann würden die Genossen anderer Meinung sein. Sie berichtet von einigen solchen haltlosen Gerüchten, wie sie in Berlin ausgestreut wurden. Anstatt, daß die Genossen, die in so unverantwortlicher Weise das Ansehen der Partei draußen im Lande herabsetzen, jetzt mit ihrem Anklagematerial vor dem Zentralausschuß erscheinen, ziehen sie es vor, entweder gar nicht zu erscheinen oder soweit sie hier anwesend sind, zu schweigen.

Genosse Eberlein bespricht die Vorgänge in Mitteldeutschland und verweist darauf, daß die Opposition als Zeugen gegen die Aktion solche Leute hat, die von der Partei als Putschisten abgeschüttelt worden sind.

Der Vertreter der Zentrale im Schlußwort: Wer Material über den Kopf der Organisation hinweg verbreitet, kann in Zukunft nicht mehr in den Reihen der Partei geduldet werden. Es gibt zwei Arten von Kritik: die der revolutionären Aktivität und zweitens die der konterrevolutionären Passivität. Die Uebereinstimmung des linken und rechten Flügels ist charakteristisch. Der rechte Flügel spricht wie ein Serrati und Crispien: Wir sind prinzipiell nicht mit euch einverstanden, weil ihr zu opportunistisch seid. Die Gruppe Levi operiert mit Worten von Marx. Es fehlt ihr der historische Sinn, um den Unterschied zwischen Marx' Zeiten und heute zu begreifen.

Es kommt alles auf den Geist, auf die Aktivität und die offensive Einstellung an. Die Partei kann nicht mehr tun, als den Arbeitern sagen, ihr müßt in bestimmten Situationen so und so handeln.

Der Zentralausschuß beschließt die Abänderungsvorschläge von Hörnle und Maslow zu den Leitsätzen mit den Leitsätzen zusammen noch einmal umzuarbeiten. Eine Redaktionskommission wird eingesetzt. Für die Resolution Geyer stimmten nur drei Delegierte.

Stellungnahme zum Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Genosse Koenen berichtet über die innere Lage Rußlands. Krenstadt, Natural-System, Prämien-Arbeit usw. Man kann ruhig sagen, Rußlands Existenz ist auf Jahre hinaus gesichert.

Koenen macht dann Mitteilungen über die Verhandlungen mit Geyer in Moskau. Nachdem die Exekutive ausdrücklich abgelehnt hatte, den Fall Levi und Genossen zu einem Fall Rakoczi zu machen und Geyer nicht auf den Boden der neuen Resolution des Zentralausschusses trat, war man damit einverstanden, daß Geyer aus der Exekutive ausscheide. Er verliest Berichte über seine Stellungnahme zu den Fragen in Italien und Deutschland. — Wenn Genosse Geyer in seinen Berichten schreibt, man steht in Moskau als Angeklagter, so ist das seine eigene Schuld. Geyer behauptet, die kommunistische Internationale hätte keine einheitliche taktische Linie. Das muß ausgerechnet Geyer sagen, der erst Antiparlamentarier dann Parlamentarier, erst Putschist und dann Antiputschist war, erst Moskaufreund und jetzt Moskaugegner ist. Kein Mensch kann bestreiten, daß sich ein rechter Flügel des Kommunismus bildet: Serrati in Italien, Williams in England, Lindström in Schweden, Levi in Deutschland und Strasser in Oesterreich. — ist das nicht ein rechter Flügel der K.I., der selbst internationale Konferenzen abhält? (Siehe Wien.) Die russischen Genossen und das Exekutivkomitee wünschen ein gutes und gedeihliches Zusammen

arbeiten mit allen übrigen Sektionen der Welt. Sie wünschen große einheitliche Massenparteien in Westeuropa, deren Notwendigkeit das gesamte Exekutivkomitee anerkennt. Größere Aktivität, mehr Selbständigkeit im politischen Handeln, das ist es, was das Exekutivkomitee von den Sektionen und besonders von der deutschen verlangt.

Genosse Maßlow macht Vorschläge in Form einer Resolution über eine bessere Organisation der dritten Internationale (kein westeuropäisches Sekretariat, aber dafür Austauschsekretäre).

Genosse Schmidt: der 3. Kongreß der kommunistischen Internationale steht vor einer wichtigen Aufgabe, vor der Schaffung einer einheitlichen kommunistischen Weltpartei. Dieser Aufgabe stehen verschiedene Hemmungen im Wege, einmal die schlechte Verbindung mit Sowjetrußland, nicht zuletzt auch der rechte Flügel der Kommunistischen Internationale. Alle Fragen der Siege und Niederlagen im nationalen Maßstabe sind internationale Fragen und Lehren. Die Ungeduld der Russen über das langsame Tempo der Revolution in Westeuropa entspringt nicht der schlechten Lage Sowjetrußlands, sondern aus der Gefahr der allmählichen Zersetzung des westeuropäischen Proletariats. Man spricht, die Russen wollten spalten. Freilich wollen wir keine in sich gespaltene Kommunistische Internationale, sondern eine große Weltpartei mit einem einheitlichen Willen, mit einem einheitlichen Geist, mit einem einheitlichen Ziel. Der Kampf Levis gegen die Organisation der Exekutive ist ein Kampf der Levi-Serrati gegen die Erfahrungen der russischen Revolution.

Genosse Kurt Geyer versucht sich gegen die Angriffe Koenens zu verteidigen. Er wiederholt seine Behauptung, daß der Exekutive jede taktische Einheit und klare Linie fehle und verzichtet schließlich, auf einen Zwischenruf hin, auf weitere Ausführungen.

Der Ausschluß Paul Levis.

Genosse Piek: Die Broschüre Levis ist eine Rechtfertigung seines Austritts aus der Zentrale in der italienischen Frage. Die Aktion war ihm nur der günstige Augenblick, um seine Pfeile spitzer zu schärfen. Levi stellt vollkommen unbewiesene Behauptungen auf. Er behauptet, die Märzaktion sei vom Zentralausschuß beschlossen. Das ist nicht wahr. Er behauptet ferner, die Aktion wäre als Endkampf eingeleitet worden. Alles spricht dagegen. Niemals sind leichtfertiger und unbegründeter Behauptungen erhoben worden, als von Levi. (Piek verliest Stellen aus der Broschüre.) In der Frage der Exekutive und ihrer Vertreter hat Levi haltlose Verleumdungen gegen verantwortliche Genossen geschleudert und Mißtrauen gesät. Er hat der Partei außerordentlich geschadet.

Paul Levi: Ich bin nicht hierher gekommen, um mich zu verteidigen. Die Frage steht so, ist die Märzaktion richtig, dann muß ich aus der Partei hinaus, ist sie falsch, dann gehören andere heraus.

Zur Frage des Protokolls, aus dem in der Broschüre einzelne Stellen abgedruckt sind, erklärt Levi, es war Pflicht der Zentrale, das schwerwiegende Protokoll den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen. Die Zentrale hat das nicht getan. Ich habe das getan. Daß es so gekommen ist, ist nicht meine, sondern der Zentrale Schuld. Auch Lenin hat geheime Protokolle veröffentlicht, weil er sich sagte, die Partei ist in Gefahr. Levi gibt Unterredungen mit einem Vertreter der Exekutive bekannt, die sich decken mit den veröffentlichten Protokollen in der Broschüre. Ich behaupte, die Aktion im März ging nicht aus von der deutschen Partei, sondern von anderer Seite. Levi beharrt auf seiner Auffassung in der Broschüre, daß die Zentrale die Gefangene von Hörsing war. Sie ist in die Provokation hereingefallen. Die Behauptung, daß es sich bei der Märzaktion tatsächlich um den Kampf um die Macht handelte versucht Levi mit Artikeln von Paul Fröhlich in der „Internationale" zu begründen. Die Verantwortung für Mansfeld tragen nicht die dortigen Genossen, sondern die Zentrale. Levi verweist auf die einzelnen Aufsätze in der „Roten Fahne".

Offensive hat nur einen Sinn, wenn sie sich das Endziel setzt. Offensive mit Etappenzielen hat keinen Sinn. Die Reden über Offensive und Defensive, von Passivität und Aktivität sind eitel Kunststücken und vollständig unpolitisch, sie sind unmarxistisch. In Westeuropa haben sich die Kommunisten auseinandergesetzt mit falschen Organisationen und die bereits bestehenden. Unser Verhältnis zu allen Arbeiterorganisationen wird unser Weisenstern. Levi verliest eine Stelle aus der neuesten Broschüre Radeks, Seite 22. — Der Märzkampf wurde zu einem Kampf einer Schicht des Proletariats gegen eine andere Schicht. Der ganze Weg ist ein verkehrter Weg, der unmarxistisch und unrevolutionär ist. Die vorliegenden Aufsätze der Zentrale sind mir zu opportunistisch. Die Aktion war katastrophal. Die Partei hatte den alten Weg verlassen, sie war in ein Verhängnis gerannt. Es galt, sie von diesem Verhängnis wieder loszureißen, deshalb schrieb ich die Broschüre. Sie wurde geschrieben und herausgegeben nach dem offiziellen Abbruch der Aktion. Es wird gesagt, Rosa Luxemburg hat im Januar 1919 anders gehandelt, trotzdem sie gegen die Kämpfe war. Jawohl, auch ich war damals dagegen und habe trotzdem Flugblätter und Artikel dafür geschrieben, denn damals war eine spontane Bewegung, wo große Massen irrten. Außerdem waren damals im Tiergarten mehr Massen, als in diesem März in ganz Deutschland auf den Beinen. Europa durchlebt zurzeit seine schwerste Krise. Wir können feststellen, daß die Amsterdamer Internationale fast täglich auf dem Damm ist. Wo war indessen die politische Führung der kommunistischen Internationale? Wir haben nichts weiter von ihr gesehen als Artikel und Bannflüche gegen mich.

Die Diskussion.

Genosse Piek (Zentrale): Der grundlegende Fehler bei Levi ist, daß er vergißt, sein Ausschluß ist nicht erfolgt wegen der Meinungsverschiedenheiten, sondern wegen des Disziplinbruchs, den er sich durch die Herausgabe der Broschüre hat zuschulden kommen lassen.

Genosse Schmidt: Levi hat in der Berliner Funktionärversammlung die Märzaktion in Verbindung gebracht mit dem konterrevolutionären Aufstand in Kronstadt. Er hat damit der kommunistischen Internationale unterstellt, daß sie im Interesse Rußlands Putsche in Westeuropa inszeniert. So dumm sind indessen die Russen nicht, daß sie nicht wissen sollten, daß sie sich damit nur selber schaden. Rußland war in Gefahr, jedoch hat es die Gefahr nicht gebannt durch Putsche in andern Ländern, sondern durch die Aufnahme von Handelsbeziehungen und der Umstellung seiner Bauernpolitik. So macht Sowjetrußland auswärtige Politik, nicht durch Putsche.

Paul Levi (Schlußwort): Er erklärt in bezug auf die Hörsing-Affäre: Ich bin geneigt, einer Provokation des Gegners auszuweichen. Denn der Gegner provoziert, wenn er die Gelegenheit für günstig hält. Uebrigens hat der Genosse Adel einen großen Teil meiner Kritik vorweg genommen. (Levi zitiert aus der neuesten Broschüre Radeks die Ausführungen auf Seite 68.) Eine Kampfpartei kann nicht nach dem mechanischen Prinzip der Disziplin geführt werden. Man sagt, ich käme mit Schuld an den Dingen und dürfte jetzt nicht kritisieren, weil ich aus der Zentrale ausgetreten bin. Entweder ist die Linke Opposition gut, dann soll sie ihre Fähigkeiten zeigen und die Leitung übernehmen. Wir lehnen es aber ab, für die Linke der Esel zu sein, auf dem man dauernd herumschlägt. Zur italienischen Frage sagt Levi, das Exekutiv-Komitee hat meine Anschauung bestätigt, nämlich Serrati nach Moskau zu laden und ihn dort zu entfernen. Mehr habe ich nur verlangt. Ich behaupte mit vollem Bewußtsein dessen, was ich sage: die Märzaktion der VKPD war nach der Seite des Opportunismus hin genau so katastrophal wie der 4. August 1914 nach der Seite des Opportunismus hin.

Die Abstimmung über den Ausschluß Levis.

In namentlicher Abstimmung wird der Ausschluß Levis durch die Zentrale vom Zentralausschuß bestätigt mit 36 gegen 7 Stimmen.

Genosse Geyer verliest eine Solidaritätserklärung der bekannten 6 Genossen zum Fall Levi.

Genosse Remmele verlangt eine bestimmte Erklärung von diesen Genossen, ob sie sich der revolutionären Disziplin der dritten Internationale und der Partei fügen wollen.

Es folgt eine kurze Debatte, in der Genosse Meyer ausführt, die rechte Opposition hat nicht den Mut, das klar zu sagen, was sie will. Die Erklärung bedeutet die Ankündigung des fortgesetzten Disziplinbruches. Noch nie ist mit der Partei so Schindluder getrieben worden wie von den Genossen der Erklärung. Sie verbreiten in den Bezirken alle möglichen Gerüchte, aber hier kommt kein Mensch her, trotz Einladung, um dafür zu stehen und es zu vertreten. Wir müssen gegen das feige Verhalten die schärfsten organisatorischen Maßnahmen ergreifen.

Koenen schlägt vor, eine Verschärfung der Resolution der Zentrale gegen die 8 Genossen.

Ruth Fischer verlangt, daß die Genossen der Erklärung sämtliche Funktionen niederzulegen haben.

Schließlich wird den 8 Genossen Zeit gegeben, sich auf Grund der neugeschaffenen Situation zu verständigen.

Den 8 Genossen wird mit 36 gegen 8 Stimmen die Mißbilligung des Zentralausschusses ausgesprochen.

Oberschlesien und die Aufgaben der Partei.

Inzwischen sind Nachrichten bekannt geworden über den neuen Konflikt in Oberschlesien. Es wird ein Bericht über die dortige Situation vom Zentralausschuß entgegengenommen. Es folgt darauf eine ausgiebige Diskussion.

Genosse Koenen: Es ist notwendig, daß wir mit allen Mitteln versuchen, die Massen zu mobilisieren. Wir müssen die Massen aufrufen gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Mobilisierung. Den Soldaten müssen wir zurufen: wählt euch eure Führer, wählt Soldatenräte! In den Vorgrund zu stellen sind die ökonomischen Forderungen. Als politische Parolen kommen in Frage: die politische Amnestie, die Aufhebung des Belagerungszustandes, gegen die Sondergerichte. In Oberschlesien muß den Arbeitern zugerufen werden, weder für die deutsche noch für die polnische Bourgeoisie, sondern Verbrüderung der polnischen und deutschen Proletarier zur Besetzung der Betriebe und zur Bewaffnung des Proletariats. Bei der noch unbestimmten Lage der Dinge ist es natürlich unmöglich, konkrete Losungen herauszugeben. Wir können hier nur den allgemeinen Rahmen festlegen. Für die Partei gilt indessen die Parole: höchste Alarmbereitschaft.

Genosse Meyer: Wir Kommunisten haben die heutige Situation vorher gesehen. Die Bourgeoisie kann den Krieg nicht liquidieren. Wir müssen versuchen, während der Aktion die Arbeiterschaft zusammenzufassen in politische Arbeiterräte. Außerdem ist notwendig, eine Verbindung mit den übrigen Arbeiterparteien aufzunehmen. Die Einstellung der Partei darf nicht auf kurze Kämpfe sein. Wir müssen uns vorbereiten auf längere Kämpfe.

Genosse Schmidt: Man weiß noch nicht, ob der oberschlesische Konflikt von der deutschen Bourgeoisie benutzt wird, um sich des Versailler Vertrages zu entledigen. Soviel ist aber sicher, nur eine Offensivtaktik der Kommunisten kann die defensive Haltung des Gesamtproletariats überwinden. Wir müssen verhandeln mit den breiten Arbeitermassen und mit ihren Parteien und Organen in aller Oeffentlichkeit.

Genosse Eberlein verweist auf die Gefahr, die durch den politischen Einfall in Oberschlesien entstanden ist, für Ost- und Westpreußen und vor allem auch für Danzig.

Genosse Wegmann macht aufmerksam auf die Rolle der Kommunisten Polens und Rußlands, wenn es zwischen Polen und Deutschland zu einem Krieg kommen sollte.

Genossin Klara Zetkin: Ueber die Situation bestehen keine Meinungsverschiedenheiten, aber das Tempo der Geschehnisse sieht niemand voraus. Wir müssen uns die größte Elastizität im Handeln bewahren. Für Oberschlesien scheint mehr die elementarste Forderung zu sein, alles in engster Verbindung mit den Kommunisten Polens zu unternehmen. Auch muß versucht werden, eine Bewegung in den anderen Ländern zu entfesseln. Denn der Krieg Deutschlands mit Polen bedeutet auch gleichzeitig einen Krieg Deutschlands mit der Entente. Die gegenwärtige Regierungskrise ist ein vollkommener Bankerott aller Koalitionsregierungen, ein Bankerott der deutschen Bourgeoisie. Die Kommunisten werden auch diesen Konflikt ausnützen.

Es wird eine Resolution angenommen, die strengste Disziplin von allen Genossen fordert.

Einberufung eines außerordentlichen Parteitages.

Koenen: Die ungewisse politische Situation läßt es natürlich nicht zu, einen bestimmten Tag für den stattfindenden Parteitag festzusetzen. Der Zentralausschuß beschloß daher, daß der Zentrale überlassen werde, so schnell wie möglich den außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Die Zentrale verpflichtet sich, alles zu tun, um einen Parteitag recht bald zustande zu bringen.

Es folgten dann die

Ersatzwahlen zur Zentrale.

Auf ausdrücklichen Beschluß des Zentralausschusses wurde Genosse Geyer seiner Stellung als Mitglied der Zentrale enthoben. — Nach kurzer Debatte wurden 3 Genossen als Ersatz für 3 schon früher ausgeschiedene in die Zentrale gewählt.

Der Zentralausschuß war am Schluß seiner arbeitsreichen Tagung. Mit einem kurzen Appell an die Genossen, alles zu tun, um die Partei und damit die Revolution vorwärts zu bringen und alles zu hindern und zurückzustellen, was dem im Wege steht, schloß Genosse Koenen die Sitzung, die zweieinhalb Tage in Anspruch genommen hatte.

Gewerkschaftliches

Die gemeinsame Front der Industrie- und Landarbeiterschaft

R. Vor einigen Tagen hat die kommunistische Presse ein geheimes Rundschreiben der deutschen Arbeitgeberverbände abgedruckt, in dem die einzelnen Mitglieder angewiesen werden, prinzipiell auf Lohnforderungen nicht mehr einzugehen, die Löhne vielmehr abzubauen, das Prämiensystem und bei neuen Tarifabschlüssen die Akkordarbeit wieder einzuführen, sowie den Achtstundentag durch allerlei Umgehungen allmählich wieder im Dunkel der Geschichte verschwinden zu lassen. Dieses Vorgehen zeigt mit aller Deutlichkeit nicht nur, wie den deutschen Arbeitern in Stadt und Land ihre bisherigen Errungenschaften wieder genommen werden sollen und teilweise auch schon genommen sind, es zeigt auch, wie systematisch und mit aller Energie das deutsche Unternehmertum sich dann macht, die Lasten, die ihm selbst durch das Diktat der Entente auferlegt sind, und die seine Existenz unmittelbar bedrohen, auf das Proletariat abzuwälzen. Während die Arbeiterschaft noch tausendfach zersplittert ist, die Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern zu verhandeln glaubt und dabei übers Ohr gehauen wird, während die Landarbeiter, unzufrieden mit diesen Arbeitsmethoden, aus dem Deutschen Landarbeiterverband in Scharen austreten, der bisher die zweitgrößte deutsche Gewerkschaft war, und unorganisiert umherirren oder sich vom christlich-nationalen Landarbeiterverband einfangen lassen; während dessen rüsten die Unternehmer zu neuem Kampf, schließen sie sich zu einheitlicher Front zusammen.

Wohl bestehen Gegensätze zwischen den Unternehmern der Industrie und denen der Landwirtschaft, wohl suchen beide die Schläge, die der Zusammenbruch des Kapitalismus ihnen versetzt, auf einander abzuwälzen durch Steigerung der Getreidepreise auf der einen, Wucherpreise für landwirtschaftliche Dünger, Maschinen u. dgl. auf der anderen Seite. Ihr gemeinsames Interesse aber ist die Ausbeutung des Proletariats, die Abwälzung der ungeheuren Kriegs- und Schuldenlasten auf die Werktätigen in Stadt und Land. Um das zu erreichen, haben sich das industrielle und das landwirtschaftliche Unternehmertum zusammengetan zu gleichem Vorgehen, haben sie die Maßnahmen getroffen, die von beiden angewandt, zu ihrer beiden Vorteil ausschlagen, wenn ihnen auf der anderen Seite nicht auch ein gleichmäßiges einheitliches Vorgehen der Arbeiterschaft entgegengesetzt wird.

Dem Industrie- und dem Landproletariat, jedem für sich, hat die Kommunistische Partei immer wieder gesagt, welches seine Aufgaben, seine Forderungen und Losungen im Kampf sein müssen. Es kommt jetzt aber darauf an, daß in den kommenden Kämpfen gegen Junker, Kapitalisten und Gewerkschaftsbürokraten das Stadt- und Landproletariat einander fügen und jedes stets dasjenige seiner Forderungen in den Vordergrund rückt, die die vom anderen Teil erhobene ergänzt, um durch ein einheitliches Vorgehen das gesetzte Ziel auch wirklich zu erreichen.

Das Landproletariat steht in ständigen Kämpfen um Lohnerhöhungen gegen Willkürakte der Junker; erst kürzlich wieder verbreiteten sich Landarbeiterstreiks über Ostpreußen, Pommern, in Schlesien und in Sachsen aus, da die alten Tarife abgelaufen waren und neue Tarifabschlüsse von den Junkerverbänden verweigert wurden oder mit Hilfe der Bürokratie des Landarbeiterverbandes keine wirklichen Verbesserungen brachten. In Sachsen z. B. wurde der Stundenlohn um 10 Pf erhöht, in Mecklenburg der Reallohn zwar um rund 2250 M. im Jahre, aber das nur deshalb, weil das Deputatkorn höher berechnet wurde als bisher! Der Mangel der bisherigen Landarbeiterstreiks war, daß die einheitliche Leitung fehlte, daß sie bald hier, bald dort aufflammten und dann wieder abflauten, sobald die Leitung des Verbandes zur Mäßigung rief oder abbließ. Das aber haben die Landarbeiter jetzt erkannt. In den letzten Kämpfen ist ihre Unzufriedenheit mit der Verbandsleitung ganz allgemein zum Ausbruch gekommen. Sie haben allerdings vielfach noch den falschen Schluß gezogen: dem Verbande den Rücken gekehrt, anstatt, der eigenen Kraft bewußt, die Verräter zum Teufel zu jagen und selbst die Führung der Lohnkämpfe in die Hand zu nehmen. Es ist aber klar, daß die Willkür der Junker, die geringen Löhne, die schlechten Wohnverhältnisse, weitere Entlassungen infolge von Brachlegungen der Felder, die Landarbeiter sehr bald in neue Kämpfe treiben werden. Noch vor der Ernte müssen die Landarbeiter die Verbindung im Reiche herstellen, geschlossen mit neuen Lohnforderungen hervortreten und darüber hinaus die Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion von den Unternehmern erzwingen. Denn nur die Kontrolle der Landarbeiter selbst wird der heutigen Sabotage der Junker, die bei intensiver Wirtschaft nicht mehr ihre gewohnten Profite erhalten und den Wucherpreisen ein Ende machen.

Auf der anderen Seite steht das Industrieproletariat, in Scharen wegen Betriebsstillegungen entlassen, ebenfalls kämpfend gegen seine Ausbeuter und um die Kontrolle seiner Betriebe. Seine Aufgabe ist es, sobald neue Kämpfe auf dem Lande entbrennen, sofort auch mit seinen Forderungen auf den Plan zu treten und der kämpfenden Landarbeiterschaft den Rücken zu steifen. Eine der nächstliegenden Forderungen der städtischen Arbeiterschaft ist die nach billigem Brot, nach billigen Lebensmitteln, die nur geliefert werden können, wenn die Getreidepreise sinken, wenn genügend Getreide gebaut und auch für den allgemeinen Konsum zur Verfügung gestellt wird, wenn also die landwirtschaftlichen Betriebe und die Produktion durch die Gutsräte kontrolliert werden. Das Industrieproletariat hat das gleiche Interesse an der Kontrolle der Landwirtschaft durch die Guts- und Kleinbauernräte wie das Landproletariat an der Kontrolle der industriellen Produktion durch die Industriearbeiterschaft und an dem engsten Zusammenwirken beider Organe. Denn hohe und steigende Lebensmittelpreise bringen unabwendbar mit sich steigende Preise für Industrieprodukte, genau so wie die Industriepreise ihrerseits zurückwirken auf die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, und nur die Organe des Proletariats können diese regeln durch die Feststellung der wirklich vorhandenen Bedürfnisse. Wenn also in den kommenden Kämpfen die Forderung der Landarbeiter nach höheren Löhnen und nach der Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion sich kreuzen mit der der Industrie nach billigen Lebensmitteln und Kontrolle der Industriebetriebe, wenn beide zum mindesten Arbeiter- und Kleinbauernkommissionen zur Feststellung der Preise der notwendigsten Erzeugnisse zu gleicher Zeit fordern, so wird dieser einheitliche Kampf der Arbeiterklasse gegen die einheitliche Front der Junker und Industriekapitäne auch erfolgreich sein und weiter führen zur völligen Beseitigung aller Ausbeuter in Stadt und Land, zur Aufrichtung der Herrschaft des Proletariats, zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.

Die Genossenschaftsbürokratie entlarvt sich weiter

Freiburg i. B., 7. Mai. Hier fand am 5. und 6. Mai der diesjährige Genossenschaftstag des „Verbandes Südwestdeutscher Konsumvereine" statt. Ohne besonderen Anlaß wurde im Verlaufe der Tagung der Berichterstatter der kommunistischen Presse, Gen. Bittel, durch das Präsidium von der Tagung verwiesen. Auf die Feststellung, daß die bürgerliche und sozialdemokratische Presse anwesend sei, wurde erklärt: „Ihre Berichterstattung ist aber eine, die wir nicht wünschen." Als der Delegierte Gen. Rehbein (Hanau) sofort Aufklärung über diesen unerhörten Fall verlangte, stellte sich heraus, daß der Veranlasser Heinrich Kaufmann vom Hamburger Zentralverband war und zu seiner Rechtfertigung angab, durch den Gen. Bittel sei der Vorstand in der kommunistischen Presse mit Bonzen usw. angepöbelt worden, weshalb er zu den Tagungen nicht mehr zugelassen würde. Die beantragte Abstimmung ergab das Einverständnis der Delegierten mit der Ausweisung des kommunistischen Berichterstatters.

Zu einer besseren Demaskierung konnte sich die Genossenschaftsbürokratie wirklich nicht verhelfen! Es kann uns auch recht sein, wenn das Abrechnungskonto solch neue Belastungen erfährt. Es ist ja verständlich, daß man in dieser „demokratischen" Organisation der kommunistischen Kritik aus dem Wege geht, denn die arbeiterverräterische Freihändlerpolitik, die Maßregelung der vier kommunistischen Angestellten bei der G.E.G. in Hamburg, die lügenhafte Berichterstattung und Unterschlagungen der Genossenschaftspresse und vieles andere sind derartig belastende Fälle, für deren Brandmarkung in der Oeffentlichkeit man unsere Presse so wütend bekämpft. Wie weit man hierbei geht, zeigt der bekannte Fall in Chemnitz, wo der Konsumverein dem „Kämpfer" die Inserate sperrte, um ihn durch dieses korrupte Mittel zur Einstellung seiner Kritik zu zwingen. Die Genossenschaftsbürokraten sollen ruhig so fortfahren, mit Terror und Demagogie ihre Mitgliedermassen zu betören — sie helfen uns dadurch kräftig, sie zu entlarven, und die Massen aus ihrem verhängnisvollen Einfluß loszulösen.

Erst wenn diese Oligarchie und Diktatur gebrochen ist, wird die Konsumvereinsbewegung die Rolle spielen können, die ihr im proletarischen Befreiungskampfe zukommt. Heute steht sie mit ihrer Politik zum freien Handel und ihrem Neutralitätsschwindel auf der Seite der agrarisch-händlerischen Konterrevolution. Ueber diese Tatsache hilft kein Gewaltstreich hinweg.

An die Bekleidungs- und Textilarbeiter, Hutmacher, Kürschner, Schuhmacher, Sattler, Lederarbeiter!

Im Auftrage der Reichsgewerkschafts-Zentrale berufen wir für den

22. und 23. Mai d. J., vormittags 9 Uhr, nach Erfurt, Krämpferstr. 25 im Lokal Pfalzburg

eine Reichskonferenz der V.K.P.D.-Fraktionen in den genannten Verbänden ein. Die Tagesordnung lautet:

1. Unsere Stellung zu den Gewerkschaften und die Spaltungsabsichten der Bürokratie; 2. Moskau oder Amsterdam.

Wir fordern die Organisationen auf, zu dieser Konferenz Stellung zu nehmen und Delegierte zu ernennen. Auch sympathisierende Kollegen können zur Konferenz delegiert werden. Alle Delegierte haben sich durch ein Mandat des Bezirks-Parteibüros legitimieren zu lassen.

Die Gewerkschaftsabteilung der V.K.P.D.

Erklärung der VKPD. zum Entente-Ultimatum

In der Nachtsitzung des Reichstags gab als letzter Fraktionsredner vor der Abstimmung Genosse Koenen für die VKPD. folgende Erklärung ab:

Die Unfähigkeit und die Mißwirtschaft der bürgerlich-kapitalistischen Regierung im Bunde mit den Rechtssozialisten, die auch für die vergangene Periode die Verantwortung tragen, haben das deutsche Volk in die furchtbare Lage gebracht, die gegenwärtig ihren Ausdruck findet in dem Ultimatum der Entente und den blutigen Vorgängen in Oberschlesien. Keine kapitalistische Regierung ist mehr imstande, den fortschreitenden Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft und die sich daraus ergebenden Fäulniserscheinungen aufzuhalten.

In allen kapitalistischen Ländern sehen wir: Fortschreitenden Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft, fortschreitende Herabdrückung der Arbeiterschaft unter ihre überkommene Lebenshaltung, Anschwellung der Arbeitslosenarmeen, Nivellierung der verschiedenen Schichten der Arbeiter und Angestellten.

Diese Zerfallsperiode der kapitalistischen Wirtschaft erzeugt auf seiten der Bourgeoisie die Tendenz, sich zu retten auf Kosten der arbeitenden Massen durch härtere Versklavung, durch schärfere Ausbeutung und Belastung der Arbeiterschaft. Immer breitere Schichten des Proletariats werden automatisch unter das Existenzminimum ihrer Klasse herabgedrückt, werden pauperisiert und müssen auf Kosten des Staates unproduktiv erhalten werden.

In derselben Richtung, wie der bewußte Druck des Kapitals, wirkt auf das Proletariat der Mechanismus des kapitalistischen Systems: Die Geldentwertung, die rapid fortschreitende Kapitalskonzentration, die Handels- und Kreditkrise, der Rückgang der Lebensmittelproduktion usw.

Die Existenz der Arbeiterschaft als Klasse wird im steigenden Maße unerträglich und unvereinbar mit dem Weiterbestand der kapitalistischen Wirtschaft, mit dem Fortbestehen des Privateigentums an Produktionsmitteln, mit dem Fortgang des Monopolisierungsprozesses der Produktionsmittel durch die Finanzoligarchie.

Dieser Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft ist kein gradlinig fortschreitender, ist auch kein nur wirtschaftlicher Prozeß. Denn rein ökonomisch wirken auch im zerfallenden Kapitalismus seine Bewegungsgesetze weiter, die bald ein rascheres, bald ein langsameres Tempo des Zerfalls bedingen. Scheinkonjunktur und offene Krise lösen einander ab. Vor allem aber greift in diesen ökonomischen Zerfallsprozeß die politische Macht der kapitalistischen Staaten ein mit Versuchen, ihn gewaltsam aufzuhalten. Die Sieger im Weltkriege suchen sich zu retten auf Kosten der unterlegenen kapitalistischen Rivalen. Drei Methoden sind dabei wirksam. Die erste besteht darin, daß die besiegte Bourgeoisie in die Rolle des Zwischenmeisters für den Sieger herabgedrückt wird, daß sie die verschärfte Ausbeutung ihrer Lohnarbeiter im Auftrag des Siegers übernimmt und einen großen Teil ihres Profits an den Sieger abliefert. Sie ist infolgedessen gezwungen, den Gesamtprofit gewaltig zu steigern, um ihren eigenen Lebensstandard aufrechtzuhalten. Daraus ergibt sich automatisch ein Herabdrücken der Löhne, eine Heraufsetzung der Arbeitszeit, eine Steuerbelastung der Arbeiterklasse bis zur Unerträglichkeit. Die zweite Methode besteht darin, daß die Sieger sich die Kapitalsubstanz der Besiegten ganz oder teilweise direkt aneignen, d. h. Landesteile annektieren und mit ihrem Grundeigentum zugleich ihre Bergwerke, Fabriken usw. rauben. Die dritte Methode ist die der „direkten Beteiligung" am Industrie- und Finanzkapital der besiegten Bourgeoisie. Diese drei Methoden schließen sich gegenseitig nicht aus, sie ergänzen sich vielmehr wechselseitig.

Weiter sind wirksam die übernommenen Methoden der imperialistischen Ausdehnung, der politischen Beherrschung und der wirtschaftlichen Ausbeutung nichtkapitalistischer Gebiete mit ihren Begleiterscheinungen der Kolonialkriege, des Wettrüstens und der Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges.

Der deutsch-englische Gegensatz, aus dem der Weltkrieg 1914/1918 entsprang, ist zum Teil ersetzt durch den englisch-amerikanischen Gegensatz, der heute schon das Verhältnis der imperialistischen Mächte untereinander erschwert.

Der dritte Faktor, der in dem kapitalistischen Element der Gewaltsamkeit, der politischen und militärischen, begründet liegt, ist die kapitalistische Abwehr gegen Sowjetrußland. Diese Abwehr schwankt beständig zwischen den beiden Polen, einen friedlichen Modus vivendi mit dem proletarischen Gemeinwesen zu finden, an dem bisher jede Waffengewalt von außen abgeprallt ist und dessen Ausfall als Absatzmarkt, Rohstoff- und Lebensmittelquelle die Krise in Westeuropa verschärft, und der gewaltsamen Niederwerfung dieses Staates, der durch sein bloßes Dasein eine ständig strömende Quelle revolutionärer Kraft für das Proletariat Westeuropas und für die unterdrückten Bauernvölker des Ostens ist. Alle diese allgemeinen Tendenzen greifen ständig ineinander, durchkreuzen und verstärken sich wechselseitig.

Die allgemeine Wirkung in der gegenwärtigen Periode des kapitalistischen Zerfalls ist gekennzeichnet durch völlige politische Unsicherheit, durch eine nicht abreißende Kette politischer Krisen und Katastrophen. Trotzdem wagte es die hilflose deutsche Regierung, die arbeitende Bevölkerung fortdauernd mit Belagerungszustand, Sondergerichtsschmach, weißem Schrecken, politischen Morden und politischem Betrug in Presse und Parlamenten auf das schmählichste zu mißhandeln.

Das Ultimatum der Entente nützt systematisch diesen ökonomischen und politischen Bankrott der inneren wie äußeren Politik des nachrevolutionären Deutschland aus. Es verfolgt den Zweck, nicht nur das Wiederaufleben neudeutscher imperialistischer Bestrebungen zu verhindern, sondern zugleich auch die kommende proletarische Revolution zu unterdrücken.

Die Annahme des Ultimatums durch die bürgerlich-sozialistische Regierung bedeutet keineswegs eine Lösung der jetzigen Krise. Die Regierung wird als das Organ der besitzenden Klassen trotz aller gegenteiligen Versprechungen weder die Bourgeoisie in der notwendigen rücksichtslosen Weise zur Aufbringung der gewaltigen Wiedergutmachungszahlungen zwingen, noch wird sie die Entwaffnung des Bürgertums und der bürgerlichen Konterrevolution in Bayern wie im Reiche wirklich durchführen, noch aber wird sie die Bestrafung der militaristischen Kriegsverbrecher durchsetzen. Das haben die gesamten Regierungsparteien in ihrer mehr als zweijährigen Schandwirtschaft eindeutig und klar bewiesen. Sie werden vielmehr nach Annahme des Ultimatums noch weit furchtbarer als bisher die Hungerpeitsche gegen das deutsche Proletariat schwingen, sie werden noch weit rücksichtsloser als bisher aus den Knochen der arbeitenden Bevölkerung alle inneren und äußeren Staatslasten herauszupressen suchen, sie werden als willige Fronvögte die Ententebourgeoisie um jeden Preis zu befriedigen suchen, sie werden, statt die Bourgeoisie zu entwaffnen, unter Durchführung der grauenhaften Schreckensmaßnahmen, vielmehr das Proletariat völlig waffen- und wehrlos machen. Die Annahme des Ultimatums durch die neue Regierung bedeutet deshalb für die Arbeiterschaft keine Lösung der Krise, sie verschleppt sie nur, verschärft ihre Wirkungen und führt unmittelbar zu neuen Konflikten und Katastrophen. Selbst wenn also die deutsche Bourgeoisie die Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse ins Unerträgliche steigert, wird sich nach kurzer Zeit herausstellen, daß der französische Imperialismus noch immer nicht befriedigt ist und zu neuen Schlägen ausholen wird, in dem aussichtslosen Bestreben, sich selbst zu retten und Deutschland als politischen und wirtschaftlichen Machtfaktor zu erledigen.

Unter der Herrschaft des bankerotten deutschen Imperialismus ist die Annahme des Ultimatums, dessen Milderungen durch Verhandlungen zu erwarten ein heilloser politischer Betrug ist, ebenso katastrophal wie seine Ablehnung. Jeder Versuch, auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auch nur eine vorläufige Lösung dieser weltpolitischen Krise zu finden, wie es die Sozialdemokraten beider Fraktionen versuchen, ist absolut aussichtslos.

Der einzig mögliche und unvermeidliche Ausweg ist der Sturz der Bourgeois-Herrschaft und die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Aus diesem Grunde bestreiten wir Kommunisten einem kapitalistischen Deutschland, der deutschen Bourgeoisie und ihren Agenten das Recht, durch Annahme oder Ablehnung des Ultimatums über das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse zu verfügen.

Das Ultimatum ist eine Frucht der imperialistischen Raubpolitik der Bourgeoisien sowohl der Ententestaaten wie Deutschlands. Die VKPD. lehnt deshalb die Zustimmung zu dem Ultimatum ab. Sie betont jedoch mit allem Nachdruck, daß ihre Ablehnung absolut nichts gemein hat mit der kaum verhüllten Absicht, einen nationalistischen Revanchekrieg zu entfesseln, der den Friedensvertrag von Versailles, die Grundlage dieses Ultimatums, zerreißen soll. Sie erwartet die Revision und die Aufhebung dieses Friedensvertrages einzig und allein als das gemeinsame Werk der Proletarier Deutschlands und der Ententestaaten, die im revolutionären Kampfe ihre Bourgeoisien niederringen, als das Werk der fortschreitenden Weltrevolution.

Nur ein proletarisches Deutschland, nur die proletarische Diktatur wird jene Kraft entfalten, die notwendig und allein imstande ist, das zertrümmerte Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen und die Wunden zu heilen, die die wahnwitzige imperialistische Kriegspolitik den Völkern geschlagen hat. Nur ein proletarisches Deutschland, nur die proletarische Diktatur kann im Bunde mit dem revolutionären Proletariat der Ententestaaten in Nordfrankreich und Belgien vollkommener wieder aufbauen, was der Imperialismus dort verbrecherisch zerstört hat.

Nur unter der Diktatur des Proletariats wird die Bourgeoisie Deutschlands entwaffnet, werden die Kriegstreiber und ihr Imperialismus überwunden werden. Nur das Proletariat wird die Kriegsverbrecher zur Rechenschaft ziehen, indem es sie vor seine Revolutionstribunale stellt.

Nur ein proletarisches Deutschland wird jenen Bund mit Sowjetrußland herstellen, der dem deutschen Volke Brot und Lebensmöglichkeit sichert und allen imperialistischen Gewalten der fremden Bourgeoisien trotzen kann.

Nur eine auf die proletarischen Massen gestützte Räteregierung Deutschlands kann auch in den Ländern der Entente jene proletarischen Kräfte entfesseln, die der internationalen imperialistischen Politik überhaupt ein Ende machen werden.

Solange der Kapitalismus lebt, wird es keinen Frieden geben! Die proletarische Weltrevolution ist die einzige Rettung der unterdrückten Klassen aller Länder!

Vom roten Moskau bis zum schwarzen Meer

3]

Von Max Barthel

Das Joch des Hetmans, das Joch Petljuras und das Joch der Krasnowschen Banden wurde von den aufständigen Bauern und Arbeitern abgeschüttelt. Ueberall in der Ukraine bildeten sich rote Partisanen, zusammengewürfelte Arbeiter und Bauerntrupps, einmal hundert und dann tausend Mann stark, die die wichtigsten Dörfer und Städte und Eisenbahnlinien besetzten, und die kleinen Stoßtrupps der wiedererstandenen Roten Armee bedingungslos unterstützten. Zwei kleine Zeitungsberichte aus den Dezembertagen 1918 melden:

Pawlograder Bezirk.

Die Stadt Pawlograd ist von allen Seiten umringt. Die Bauern sperren der Stadt die Lebensmittel und haben zu den Waffen gegriffen und machen blutige Abrechnung mit den Kapitalisten und konterrevolutionären Banden. Die Regierung des Hetman versucht, das dort befindliche deutsche Militär als Gendarmerie zu gewinnen. Die Stadt ist am Vorabend der Uebergabe. Die Stimmung im Heer ist ausgezeichnet.

Aus dem Jelisawietgrader Bezirk wird gemeldet:

Der ganze Bezirk ist im Aufruhr. Das städtische Komitee der Kommunistischen Partei wird täglich von vielen Bauern aus den verschiedensten Ortschaften des Bezirks belagert, die Literatur und Instruktionen für das bewaffnete Hervortreten fordern.

An die deutschen Soldaten in der Ukraine wurden Flugblätter und Manifeste erlassen. In diesen Flugblättern ist die ungeheure Stoßkraft und Zuversicht der proletarischen Revolution. In so einem Flugblatt

An die deutschen Soldaten in der Ukraine!

Genossen!

Die Würfel sind gefallen. Vom Gebäude des kaiserlichen Palastes in Berlin weht die Rote Fahne der Revolution. Arbeiter, Bauern und Soldaten haben die Regierung in die Hand genommen. Deutschland ist eine Republik geworden.

Nach der Einnahme des kaiserlichen Schlosses in Berlin durch die aufständigen Soldaten und Arbeiter proklamierte Genosse Liebknecht in folgender kurzen Rede die Republik in Deutschland:

Genossen! In diesem Augenblick erklären wir die freie sozialistische Republik in Deutschland. Unsern Gruß den russischen Brüdern, welche von hier ausgewiesen waren. An Stelle der kaiserlichen Standarten sollen wir jetzt das rote Banner erheben. Genossen, ich erkläre die freie sozialistische Republik in Deutschland. Die Herrschaft des Kapitals ist gebrochen. Wir rufen unsere russischen Brüder zurück.

Die Rede wurde begrüßt mit stürmischen Ovationen und mit Hochrufen auf das freie Deutschland, sowie mit den Rufen: Hoch Liebknecht! Der erste Präsident!

Die ganzen Zeitungen und auch die Flugblätter waren voll von Liebknecht und Luxemburg und der „Gruppe Spartak", und die noch illegal arbeitenden Revolutionäre erhoben sich und waren nichts als brüderliche Träumer, wenn sie von der deutschen Revolution schrieben und redeten, sie waren unerbittliche und tapfere Soldaten, als sie den bewaffneten Aufstand in der Ukraine organisierten und durchführten.

In Charkow war noch die deutsche Okkupation. Versammlungen der Kommunisten wurden gesprengt, viele Genossen wurden verhaftet, und die Herrschaft des Kapitals war noch ungebrochen. In dieser Zeit wurde am Charkower Stadthaus eine rote Fahne gehißt, die aber wieder heruntergeholt werden mußte. In der Zeitung „Die Wahrheit", herausgegeben von der deutschen Gruppe der Ukrainischen Kommunistischen Partei Charkow steht über diese rote Fahne in der ersten Nummer der Zeitung am Freitag, den 18. Dezember 1918, das folgende rührende Gedicht:

Die Rote Fahne am Charkower Stadthaus.

Hoch oben am Stadthaus, welch ein Scherz,
Für Kapitalisten ein großer Schmerz,
Das rote Banner freudig weht,
Während unten das Volk in Haufen steht.

Alles schaut die rote Fahne an,
Vom Kapitalisten bis zum Bettelmann.
So mancher Reiche stand starr und bleich,
Buchstabierend „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Wer hat gewagt dies tolle Stück?
Das war der böse Bolschewik,
Der mit großer Eifrigkeit
Die Faulen zu der Arbeit treibt.

Die Fahne gibt die gute Lehr,
Jetzt gibts kein spekulieren mehr.
Wer jetzt nicht schafft, das glaubt mir nur,
Den setzt man auf die Hungerkur.

Doch dies gefiel den Reichen nicht,
Sie machten ein bitteres Gesicht.
Doch später wurde bestanden drauf, daß die Fahne
Man wieder vom Stadthaus herunter nahm.

Wenn auch die Fahne heruntergenommen,
Sie wird doch wieder aufs Stadthaus kommen.
Um desto stolzer wird sie dann wehn,
Wenn wir bei ihr vorübergehn.

(Fortsetzung folgt)

Breslauer Nachrichten

Die Breslauer Arbeiter gegen die Kriegshetzer

Am Montag, den 9. Mai, hatte die Breslauer VKPD. die Arbeiter aufgefordert, in öffentlichen Versammlungen gegen die Kriegshetzer Stellung zu nehmen. Gerade das Proletariat in Schlesien, welches der oberschlesischen Grenze so nahe ist, sollte erkennen, wie notwendig es ist, zu erkennen die Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und Polen.

Die sich besonders radikal gebärdenden Breslauer Sozialdemokraten und Gewerkschaftler hatten am 29. April in einer allgemeinen Vertrauensleutesitzung erklärt, daß sie gewillt seien, bei eintretender Kriegsgefahr sofort in den Generalstreik einzutreten. Diese Arbeiterverräter haben aber niemals daran gedacht, ihren Worten die Tat folgen zu lassen. Eine Konferenz des ADGB. für Schlesien hat nicht nur den Generalstreik überhaupt verworfen, sondern hat getreu ihrer engen Koalition mit dem Bürgertum erklärt, man müsse alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet seien, die Ausbeutung der oberschlesischen Naturschätze dem deutschen Kapital zu erhalten. Dann, und dies ist bezeichnend für die SPD-Leute, haben sie die Arbeiter aufgefordert, sich freiwillig bei den Regimentern der Schupo zu melden. Es ist ihnen aber gleich, wer die Führung dieser „Polizeiwehren" in den Händen hat.

Die Sozialdemokraten lassen sich bei all ihren Entschließungen nur leiten von dem Gedanken der Machterhaltung des deutschen Kapitals in Oberschlesien. Sie schimpfen über die Kommunisten, die es verstanden haben, große Massen des oberschlesischen Proletariats von der nationalistischen Verhetzung zu befreien und ihnen den einzigen Ausweg aus dem Chaos zeigten, nämlich die Besitznahme aller Produktionsmittel und Naturschätze durch die Arbeiter. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftler werden ohne Bedenken und ohne Skrupel kämpfen gegen das oberschlesische Proletariat, das sich durch seine Arbeiterräte schon in den Besitz der Gruben und Hütten gesetzt hat.

Es ist dringende Notwendigkeit, daß das deutsche Proletariat den Ernst des oberschlesischen Aufstandes erkennt. Der Einmarsch deutscher Truppen bedeutet automatisch Krieg mit Polen; bedeutet Auslösung eines neuen Krieges der Entente gegen Deutschland.

Das deutsche Proletariat muß erkennen, daß die oberschlesische Frage nur gelöst werden kann endgültig, durch eine Regierung der Arbeiter und Bauern in Deutschland und Polen.

* * *

Die Breslauer Kommunisten konnten die Versammlung nicht auf legalem Wege bekannt machen. Die Polizei hat unsere Presse unterdrückt, hat den Anschlag von Plakaten an den Litfaßsäulen verboten. So konnte nur durch Propaganda in den Betrieben und durch Anschlag an den Häusern zur Versammlung aufgefordert werden. Trotzdem waren beide Versammlungen gut besucht und unsere Redner fanden mit ihren Ausführungen den ungeteilten Beifall der erschienenen Arbeiter.

Die Redner rechneten besonders scharf mit der Doppelzüngigkeit der Sozialdemokraten ab. Diese Leute werden, genau wie im August 1914, sich voll und ganz zur Verfügung der nationalistischen Kreise stellen. Umsomehr ist es notwendig, sich von diesen Verrätern an der Arbeiterklasse loszusagen, sich anzuschließen an die Kampfpartei des Proletariats und die Gewerkschaften zu Instrumenten des revolutionären Klassenkampfes zu machen.

Nur dann ist es möglich, den neuen imperialistischen Krieg zu vermeiden und die Kräfte des Proletariats zusammenzuschweißen zu der letzten revolutionären Offensive.

Wie sich die „Schlesische Zeitung" die „Verständigung" denkt

Daß es der Bourgeoisie gar nicht einfällt, die aus dem Versailler Vertrag erwachsenden Verpflichtungen zu erfüllen, geht mit zwingender Notwendigkeit aus der Tatsache hervor, daß solange die kapitalistische Profitwirtschaft besteht, das Unternehmertum stets bestrebt sein wird, alle Lasten und Opfer auf die Schultern der Arbeiterklasse zu wälzen.

Sofort nach Bekanntwerden der Pariser Beschlüsse war es der bürgerliche Finanzminister Wirth, der vor der Bremer Handelskammer erklärte, daß das deutsche Nationalvermögen (d. i. das deutsche Großkapital) keine höhere Belastung vertrage. An eine Erfüllung der Pariser Forderungen könne daher nur gedacht werden durch eine vermehrte Arbeitsleistung.

Daß die drohende „Verständigung" der deutschen und der Entente-Bourgeoisie nur auf Kosten des deutschen Proletariats gehen wird, hat jetzt auch mit erfrischender Deutlichkeit das Breslauer Scharfmacherorgan, die „Schlesische Zeitung" verraten.

[illegible] die Sozialdemokraten, die noch immer auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehen, daß die Rechte gar nicht daran denkt, die Kapitalwirtschaft völlig abzubauen und auf das kapitalistische Wirtschaftssystem zu verzichten. Die Opfer soll das Proletariat bringen. Und zwar denkt sich die „Schlesische Zeitung" die Sache folgendermaßen:

„Nachdem die Linke den Friedensvertrag unterzeichnet hat gegen den Willen der Rechten, muß sie auch in erster Linie bereit sein, die Opfer zu bringen, welche die Erfüllung des [illegible] fordern. Ob eine Erhöhung von [illegible] Stunden genügen wird, muß dabei [illegible]. Aber der Entente wird es wohl nichts ausmachen, Forderungen zu stellen, die wir auch bei 12 oder [illegible] Stunden Arbeitszeit nicht erfüllen können."

[illegible] Schaid, wie sich die Kapitalisten [illegible] und welche Zukunft ihnen blüht, wenn [illegible] die deutsche Bourgeoisie sich dem Ultimatum der Entente fügt.

Die [illegible] „Volkswacht"-Redaktion macht sich die Erklärung für diese Unternehmerfrechheit herzlich leicht, wenn sie die Schuld auf die [illegible] Arbeiterverräter von links schiebt.

Ist es nicht der bisherigen Politik der Sozialdemokratie zuzuschreiben, daß der Uebermut der Bourgeoisie wieder so ins Kraut schießen konnte?

Haben die Sozialdemokraten nicht durch ihre Koalitionspolitik dazu beigetragen, daß Kompromisse mit der Bourgeoisie geschlossen wurden, die stets auf Kosten des Proletariats gingen?

[illegible] die kapitalistische Anarchie zu beseitigen, haben die [illegible]

Und wie steht es heute?

Die Sozialdemokraten und die für die „Verständigung", für die Annahme des Entente-Ultimatums!

Besorgen sie damit nicht auch bloß wieder die Geschäfte der Bourgeoisie?

Ist an ein Einhalten des Versailler Vertrages zu denken, solange die kapitalistische Unordnung besteht?

Weshalb erregt sich die „Volkswacht"-Redaktion über die frechen Forderungen der „Schlesischen Zeitung"? Wird der 11-Stundentag nicht die Folge der Annahme des Entente-Ultimatums sein müssen, solange die Arbeiterschaft nicht herrscht, solange die Profitwirtschaft noch besteht?

Die Sozialdemokraten haben den Deutschnationalen vier Jahre lang die Kriegskredite bewilligt und jetzt sichern sie dem Kapitalistengesindel „die Lust zur Bildung zinstragenden Kapitals".

Deutschnationale und Sozialdemokraten wollen die Arbeiter gleicherweise in die Sklaverei führen.

Nur die Beseitigung jeder kapitalistischen Profitwirtschaft sichert dem Proletariat eine sorgenfreie Zukunft.

*

Die „Volkswacht" läßt von sich hören

Endlich findet auch des Breslauer Löbe-Organ einmal Gelegenheit, über die Polizeischikanen zu berichten, die die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" in letzter Zeit zu ertragen hatte.

Dürftig genug sind die Zeilen allerdings ausgefallen. Von einem energischen Protest ist natürlich keine Rede. Aber nicht wahr, liebe „Volkswacht", man muß vorsichtig sein bei der Aufdeckung eines unerhörten Polizeiskandals, bei dem man sehr leicht den Genossen mit in die Debatte hineinziehen kann, der hier in Breslau der Dezernent der politischen Polizei ist und unter dessen Auspizien der bewährte Herr Lyß ungestraft seine ungesetzlichen Maßnahmen treffen kann.

Das brave „Sozialistenblatt" glaubt noch immer nicht.

Mit rührender Einfalt schreibt es: „Wir wünschen zunächst Aufklärung."

Acht Tage lang hat es gedauert, ehe man seinen Lesern überhaupt von den unerhörten Vergewaltigungen der Pressefreiheit berichtet hat und jetzt, nachdem bereits ein bürgerliches Blatt, das auf demokratische Freiheit etwas hält, ganz energisch gegen diese schamlose Polizeiwillkür protestiert hat, muß das „Arbeiter"organ immer noch Beweise haben.

Und dabei ist es Tatsache, daß dieser Lyß, der in enger Beziehung zur Orgesch steht, sich eine Gewalt anmaßt, die auch ein bürgerlicher Demokrat nicht decken kann.

Ohne Haftbefehl nimmt dieses Hilfsorgan der Breslauer Kriminalpolizei Verhaftungen vor und stößt gegen Setzer (die absolut nicht alle Kommunisten sind) Drohungen aus, die in die Tat umgesetzt, das Arbeiterfeindlichste darstellen, was man sich nur denken kann.

Das sind zaristische Methoden, wenn eine Polizeibehörde Setzerpersonal für den Inhalt einer politischen Zeitung verantwortlich macht und sogar einen Geschäftsführer verhaften läßt.

Wäre die „Volkswacht" wirklich ein Arbeiterblatt, so müßte es schon um die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder des Buchdruckergehilfenverbandes zu wahren, diese unerhörte und schreiende Vergewaltigung laut und deutlich feststellen.

So aber ist das „Arbeiterblatt" bereits so tief in den bürgerlichen Sumpf hineingerutscht, daß es angesichts dieser haarsträubenden Tatsachen nur noch den ungläubiegn Tobias spielt.

Die Breslauer Arbeiter aber fordern mit aller Entschiedenheit, daß dieser Lyß sofort von seinem Posten verschwindet und der [illegible] Boden verläßt!

*

Ein Sipooffizier als Kunstschütze.

Genau wie in den Augusttagen 1914 die Bevölkerung von der „Spionitis" heimgesucht wurde, sieht jetzt die honette Bevölkerung der vaterländischen Hauptstadt Breslau Gespenster am hellen Tage. Erst kürzlich wurde ganz ernsthaft über einen Waffenfund im Scheitniger Stadtpark berichtet, wobei Gewehre und Maschinengewehre, die man naturgemäß vorher in eine „Nachtversammlung" der Kommunisten gesehen hatte, gefunden seien.

Vor einigen Tagen glaubte ein Sipooffizier das Vaterland retten zu müssen, indem er angeblich in einer belebten Gegend einen jungen Kommunisten an der Sprengung einer Eisenbahnüberführung verhinderte. Da bei der Sipo der Revolver bekanntlich sehr locker sitzt, schoß er nach dem „kommunistischen Brückensprenger", traf aber nur einen Straßenkehrer in den Oberschenkel und schoß einer Frau die gefüllte Milchkanne kaputt.

Aus der Provinz

Waldenburg i. Schl. Sonntag, den 22. Mai, vorm. 9 Uhr, findet im Jugendheim an der Schillerhöhe eine Jugendkonferenz statt. Wir fordern alle Ortsgruppen der kommunistischen Jugend auf, ihre Vertreter zu entsenden. Ferner fordern wir alle die Genossen, die von den Ortsgruppen der VKPD. mit der Jugendarbeit betraut sind, auf, unbedingt zu erscheinen.

Komm. Jugend, Bezirk Waldenburg.

Waldenburg i. Schl. Auch hier im Waldenburger Revier wollen die Grubengewaltigen zeigen, daß sie nur allein die Herrschenden sind. Als man am Bahnschacht am 1. Mai die rote Flagge hißte, so waren es diese Herren, welche sich nicht an die rote Farbe gewöhnen wollten und daher sich die Frechheit erlaubten, die rote Fahne herunter zu holen. Die Belegschaft des Bahnschachtes demonstrierte am Montag früh gegen diese Rohheit der Bergherren und es gelang ihr, die Fahne wieder anzubringen. Außerdem wurde die Bezahlung der Schicht gefordert, wozu sich auch schließlich die Werksverwaltung bereit erklärte. Die Maschinen fuhr wieder an.

Den Herren Grubenbaronen der Vereinigten Glückhilf-Friedenshoffnung-Grube wurde von der Belegschaft ebenfalls die Forderung gestellt, die rote Flagge am 1. Mai zu hissen. Selbstverständlich hatten sie es ebenfalls abgelehnt. Am Dienstag früh brach sich die Erbitterung der Belegschaft über dieses Verhalten der Herren Bahn und sie demonstrierten auch hier dagegen. Eine tausendköpfige Menge nahm am Demonstrationszug teil, und die Teilnehmer, in bester Kampfesstimmung, bekundeten, daß sie, im Fall die Forderungen, welche sie stellten, nicht erfüllt würden, auch zu der schärfsten Waffe, wenn es sein muß, zu greifen. Die Forderung, die rote Flagge zu hissen, wurde erfüllt, ebenso auch die Forderung um Bezahlung der Schicht. Es war auch die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes anwesend, aber keiner von diesen Bezirksmännern kam zum Wort, denn die Masse hatte kein Vertrauen zu ihnen. Es sprachen nur kommunistische Redner, welche großen Beifall erhielten. Zu der Verhandlung mit der Direktion wählte man vier Mann aus der Mitte der Arbeiter, welche ebenfalls Kommunisten waren.

Die Waldenburger Belegschaft hat hiermit gezeigt, daß sie einig und geschlossen dasteht und auch imstande ist, den Kampf gegen die Ausbeuter zu einem siegreichen Ende führen kann, ohne die Bezirksmänner von der Sandstraße, denn diese sind doch immer diejenigen, welche die Kampfentschlossenheit der Arbeiter durch faule Kompromißvorschläge brechen.

VKPD., Ortsgruppe Alt-Lässig. Genossen, welche mit dem Ausfüllen der Einkommensteuer-Erklärung nicht Bescheid wissen, können sich an Gen. Paul Schubert Nr. 73 wenden, der sich bereit erklärt hat, die Formulare auszufüllen.

*

Beim 9. Stiftungsfest der Freien Turnerschaft Alt-Lässig am 24. April d. Js. für inhaftierte Kommunisten gesammelt

111,30 Mark.

Folgende Ortsgruppen haben für Rote Hilfe abgeliefert: Waldenburg: 520,10 M., Altwasser 676 Mark, Gottesburg 735,85 Mark, Alt-Lässig 111,30 Mark, Weißstein 49 Mark.

Allen Spendern herzlichen Dank!

Für die Rote Hilfe wurden gezahlt:

Liste Nr. 19160 M. 65, Liste A. 9 M. 16, A. 21 M. 16, A. 2 M. 21, A. 25 M. 19, A. 26 M. 15, A. 27 M. 22, A. 38 M. 17, A. 40 M. 18, A. 52 M. 24, A. 54 M. 22, A. 55 M. 74,50, A. 77 M. 6, Liste 1293 M. 2, von Goy hier M. 5, von August Kleinert M. 20. Bisher quittiert über M. 457, zusammen M. 799,50.

Die Bezirksleitung.

Propaganda-Schrift.

Weckruf an alle Kleinbauern, Häusler und Landarbeiter, an das ganze schaffende Volk auf dem Lande, ist erschienen. Preis 20 Pfg. Alle Ortsgruppen, Landvertrauensleute müssen sofort Bestellungen in großem Maße durch die Bezirkssekretariate an die Abteilung Land gelangen lassen. — Die Schrift ist besonders geeignet zur Vertreibung auf kommunistischen Landagitationsfahrten und Wanderungen. Genossen und Genossinnen! Seid Euch Eurer revolutionären Pflicht bewußt, sorgt für weitgehendste Verbreitung unserer Literatur auf dem Lande.

*

Literaturangabe.

Broschüren.

Agrarprogramm der VKPD. in Heft 26 der Zeitschrift „Internationale"	1,— Mark
Lenin: Das Verhältnis der Kommunisten (Bolschewiki) zum mittleren Bauerntum	1,40 Mark
Miljutin: Sozialismus und Landwirtschaft	2,50 Mark
Emil Unfried: Die Agrarfrage. Leitfaden zum Kursus für Landagitatoren.	

Zeitschriften.

Der „Pflug", Organ für Kleinbauern	—,40 Mark
Der Kommunistische Landarbeiter	—,40 Mark

Verantwortl. Redakt. für Politik: Werner Scholem, Berlin.
Verlag: Verlagsgenossenschaft Nordwest, Bremen, Geeren 26.

Luna-Park
täglich geöffnet.

Schauspielhaus
Operettenbühne Tel. Ring 2545
Freitag 7½ Uhr
Der letzte Walzer
Sontag nachm. 3½ Uhr
Die Förster-Christell
Montag nachm. 3½ Uhr
Der fidele Bauer

Lobe-Theater.
Freitag und Sonnabend 7 Uhr
Gaspiele Friedr. Kayßler und Helene Fehdmer
Nach Damaskus I. Teil
Sonntag und Montag 7 Uhr
Gaspiele Friedr. Kaysler und Helene Fehdmer
Nach Damaskus II. u. III. Teil

Thalia Theater
Freit., Sonnab., Sonnt., Montag 7½
Wie feßle ich meinen Mann.

Liebich-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Der große Erfolg des Mai-Programms.

Meine Herrn!
Die Ueberfüllung meines Geschäftslokals der letzten Wochen sind der schlagende Beweis meiner
Leistungsfähigkeit.
Für diese Woche habe ich wieder einen großen Posten
Anzüge
in Farbenpracht und Modellen, die Sie nur bei mir finden.
Den angenehmen Ruf meiner Billigkeit baue ich weiter aus und verkaufe an jedermann nur
solange Vorrat reicht
Wilhelm Ed. Schubert
Klosterstraße 43.

Soeben erschienen:
Lenin,
Die auswärtige und innere Politik Sowjetrußlands
Preis 1,— Mk.
J. Stepanow,
Ueber ausländische Konzessionen
Preis 1,— Mk.
Zu beziehen durch:
Kommunistische Bücherei
Breslau 8., Gräbschener Straße 45.